

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 M.
(davon 87 Pf. monatlich für Zustel-
lung ins Haus) im voraus zahlbar.
Postbezug 2,97 M. einschließlich 60 Pf.
Postgebühren- und 75 Pf. Postbestel-
gebühren. Auslandabonnements 5,00 M.
pro Monat; für Länder mit ermäßig-
tem Postfachporto 4,00 M.

Bei Ausfall der Lieferung wegen
höherer Gewalt besteht kein Anspruch
der Abonnenten auf Ersatz.

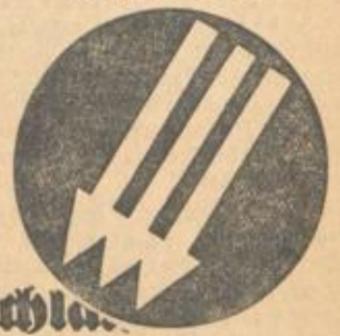
Ercheinungsweise und Anzeigenpreise
siehe am Schluß des redaktionellen
Teils.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Donnerstag
4. August 1932
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.



Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Rechnp.: Dönhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 57 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3. Dr. G. u. Dikt.-Gef., Depositions-, Jerusalemstr. 65-66.

An die Partei!

Der 31. Juli hat die Unüberwindlichkeit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands glänzend bestätigt.

Unter dem Kreuzfeuer von rechts und links, unter einer Flut von Beschimpfungen, unter körperlichen Bedrohungen und Angriffen, die den „Marxismus“ erledigen sollten, sind

Hunderttausende von neuen Wählern gegenüber den letzten Landtagswahlen gewonnen.

Ihr habt dafür gesorgt, daß der Traum einer Mehrheit für die Hitler-Diktatur gründlich erledigt und auch die erhoffte Rechtsmehrheit nicht erreicht werden konnte. In Anhalt, Mecklenburg und Oldenburg ist die bei den Landtagswahlen erzielte, von den Nationalsozialisten beherrschte Regierungsmehrheit nach dem Stimmenergebnis der Reichstagswahl bereits wieder zerschlagen.

Diesen großen Erfolg verdanken wir der vorbildlichen Treue und dem unerhörten Opfermut unserer Mitkämpfer in Stadt und Land, die ungeachtet aller Verfolgungen und in steter Lebensgefahr den Kampf geführt und den Sieg errungen haben.

Den tapferen Streikern gebührt der uneingeschränkte Dank der Partei!

Parteilgenossen, ihr wißt, mit dem Erfolg des 31. Juli ist der Kampf nicht beendet, der Feind noch nicht endgültig zurückgeschlagen. Der Gegner will seine Niederlage nicht ruhig hinnehmen, er streckt trotz alledem seine Hände nach der Macht aus.

Bleibt auf der Wacht, führt den Kampf weiter, der seit dem Bestehen unserer Bewegung ein gelisteter Kampf war.

Aktivität, Disziplin und Einigkeit – das bleibe auch in Zukunft unsere Parole.

Der kommende Reichstag wird euren Abgeordneten Gelegenheit geben, die Gegner auf die Echtheit ihrer Versprechungen festzulegen. Die Sozialdemokratie ist gewillt, unverzüglich ihre Vorschläge für Arbeit und Brot dem neugewählten Parlament zu unterbreiten und die Wählerschaft wird in der Lage sein, den wahren Charakter der Volksvertreter zu erkennen.

Aber auch in unseren Organisationen darf die Aktivität keinen Tag erlahmen, sie müssen zu jeder Stunde bereit sein, in Aktion zu treten, wenn Anschläge gegen die Volksrechte oder die Arbeiterklasse gewagt werden.

Die Abwehr soll auf jedem Kampffelde vorbereitet sein, auf dem die Volksfeinde vorstoßen könnten.

Der Verfassungstag gibt uns die Gelegenheit, für die Republik gegen die Diktatur zu demonstrieren

und zu bekunden, daß wir die Demokratie unter allen Umständen zu verteidigen gewillt sind.

Parteilgenossen! Der Ernst der Stunde duldet keine Unterbrechung des Kampfes, keine Ermüdung, kein Erlahmen. Sofort müssen unsere Kaders formiert, unsere Organisationen wieder schlagkräftig gemacht werden.

150 Im politischen Kampf hingestreckte Gesinnungsgenossen, Familienväter und Jungarbeiter, die ihr Leben für die Freiheit opfern mußten, niedergeschlagen zumeist aus feigem Hinterhalt, von brutaler Uebermacht, rufen euch mahnend zu: „Soll unser Opfer umsonst bleiben?“

Nein, nimmermehr! Wir führen ihren Kampf fort, welche Gefahren uns auch umdrohen.

Wir formieren unsere Kampfreihen zur nächsten Schlacht! Wir ruhen nicht bis zum Siege der Freiheit und des Sozialismus!

Donnernd ertönt auch nach der Wahlschlacht unser Ruf durchs Land

FREIHEIT!

Berlin, den 3. August 1932.

Der Parteivorstand.

Maschinengewehr der SA.

Waffensuche in Nazikasernen mit durchschlagendem Erfolg.

Breslau, 3. August. (Eigenbericht.)

Am Dienstagabend wurde in Kascher bei Leobschütz in Oberschlesien ein SA-Heim nach Waffen durchsucht. Das Heim befindet sich über einem Geräteschuppen, in dem landwirtschaftliche Maschinen untergebracht sind. Es wurden gefunden: eine Schreckschuhpistole, ein Gummischlauch mit Kleinlage, eine Pistole, ein schweres Maschinengewehr mit Schlitten, ein Ersatzverschluß zum Maschinengewehr, ein Ersatzlauf zum Maschinengewehr, 23 Stielhandgranaten, 3 MG-Gurte zu je 250 Schuß, ein MG-Gurt mit 100 Schuß, 12 MG-Gurte mit je 50 Schuß, ein Armeedolch und ein Motorrad ohne Nummernbezeichnung. In der Werkzeugaiste des Motorrads wurden ferner 64 Schuß 08-Munition und 8 Schuß Munition für die Armeepistole entdeckt.

Weitere Waffensunde in Oberschlesien.

Sindenburg, 3. August. (WVB.)

Die Polizei durchsuchte in der vergangenen Nacht das Wachtlokal der SA in Sosniza, wo 26 Mann untergebracht sind. Nach dem Polizeibericht wurden gefunden: 1 Mauerpistole (9 Millimeter) mit 6 Schuß Munition, 1 Trommelrevolver mit 5 Schuß Munition, 1 Taschentuch, 4 Gummiknäpfe, 1 Seitengewehr, 1 langes Messer und 1 Ladestreifen mit 8 Patronen (6,35 Millimeter). Die Waffen wurden beschlagnahmt. Der SA-Führer wurde im Besitz einer Pistole mit 3 Schuß und eines Schlagrings betroffen. Er wird dem Schnellrichter vorgeführt werden.

„Notwehr.“

Das Schuttschild vor den nationalsozialistischen Mördern.

Notwehr ist diejenige Verteidigung, welche erforderlich ist, um einen gegenwärtigen, rechtswidrigen Angriff von sich oder einem anderen abzuwenden. § 33 Reichsstrafgesetzbuch.

Vom Ableugnen ist die nationalsozialistische Presse sehr rasch ins Verteidigen und Entschuldigen gekommen. Am Dienstag noch beschimpfte der „Angriff“ uns als „Strolche in den Redaktionsstuben der Sudenblätter“, weil wir als Urheber der Königsberger Attentate die Nationalsozialisten bezeichnet hatten. Die Taten selber waren für das Naziblatt „Dummejugenstreich“.

Diese Bügentaktik hat nicht lange vorgehalten. Die nationalsozialistische Presse ist allerdings in der angenehmen Lage, ihrem fanatisierten Lesepublikum heute weiß und morgen schwarz erzählen zu können, ohne daß dieses Anstoß nimmt. So wird denn kein „Angriff“-Leser, der noch am Dienstag seinem Leitblatt begeistert darin beistimmte, daß es sich in Königsberg um „Dummejugenstreich“ gehandelt habe, am Mittwoch irgendwie erstaunt gewesen sein, im „Völkischen Beobachter“ zu lesen, daß es sich um „außerordentlich ernst zu nehmende Ausbrüche des Volkszorns“ gehandelt habe. An den Attentaten sei niemand anders schuld als die — Marxisten, die die außerordentlich sensiblen Nerven der Nationalsozialisten so gereizt hätten, daß es zu derartigen Ausbrüchen hätte kommen müssen. Es sei hier eingeschaltet, daß am Mittwoch im Aektstenausschuß des Preussischen Landtages der Nazihauptling Kube den Wiederzusammentritt des Landtages zu verhindern suchte, indem er ankündigte: Bei der gereizten Stimmung seiner Fraktion könne er nicht dafür garantieren, daß diese nicht wiederum zu Gewalttätigkeiten schreiten würde. — Die Rücksicht, die die Nazis für ihre tranken Nerven heischen, ist nicht gering. Die Partei, deren Schimpfwörterlexikon jeden Reford schlägt, deren Presse ein einzige Sammlung von Kaschemmenausdrücken ist, gefällt sich darin, die provozierte Unschuld zu spielen. Sie übertrifft darin den Wolf der Fabel, dem das Lamm das Wasser trübt, mag es oberhalb oder unterhalb trinken.

Von dieser Taktik ausgehend, erklärt der „Völkische Beobachter“ die Taten von Königsberg für begreiflich als Ausfluß des Wunsches, „durch Anwendung von Selbsthilfe zu verhindern, daß noch weitere Opfer einfach niedergemetzelt werden“. — Schuld ist für den „Völkischen Beobachter“ wieder einmal das „System“, obwohl es nicht mehr besteht.

In genau den gleichen Gedankengängen bewegt sich die nationalsozialistische Parteikorrespondenz, die die Bluttaten vom Montag als eine Reaktion der „anständigen Bevölkerungstriebe“ gegen das „rote Untermentum“ erklärt. Dann werden die Attentate direkt glorifiziert:

„So bedauerlich die letzten Königsberger Vorgänge auch sind, menschlich wird es begreiflich, wenn sich unter den obwaltenden Umständen eine Volksjustiz — und zwar gegenüber den intellektuellen Verantwortlichen — herausbildet und wenn auch Nationalsozialisten von dem Naturrecht der Notwehr Gebrauch machen, um sich nicht weiter von dem Nordmob nutzlos abschlagen zu lassen.“

Es gibt ein Maß der Verlogenheit, gegen das mit geistigen Mitteln kaum anzukämpfen ist. Wir haben an die Spitze dieses Artikels den Wortlaut des Paragraphen gestellt, in dessen Rahmen das Strafgesetzbuch — nicht etwa das republikanische, sondern das unter der Monarchie geschaffene Reichsstrafgesetzbuch — Notwehr gestattet. Notwehr ist danach Verteidigung (niemals Angriff!), und zwar muß sich die Verteidigung richten gegen einen rechtswidrigen Angriff, der noch gegenwärtig ist.

Was aber war in Königsberg geschehen? Am Sonnabend vor der Wahl hatte eine der jetzt allzu üblichen Kampleien zwischen jugendlichen Nationalsozialisten und Kommunisten stattgefunden. Dabei war ein 20jähriger Nationalsozialist von ebenso jugendlichen Kommunisten durch einen Messerstich getötet worden. Kein Wort der Billigung für diese Tat! Aber uns will scheinen, daß das Umgekehrte in den letzten Wochen in Deutschland doppelt und dreifach so häufig vorgekommen ist. Wer im Einzelfalle Angreifer gewesen ist, läßt sich vielfach nicht mit Sicherheit feststellen. Aber eins ist mit absoluter Sicherheit festzustellen: bevor es eine nationalsozialistische Partei, bevor es eine SA in Deutschland gegeben hat, sind derartig regelmäßig wiederkehrende blutige Auseinandersetzungen auf der Straße einfach unbekannt gewesen. Daraus läßt sich einwandfrei ableiten, in welcher

Partei die intellektuellen Urheber des blutigen Terrors seien.

Was aber behauptet die nationalsozialistische Presse? Wenn jugendliche Kommunisten und Nationalsozialisten mit Messern aufeinander losgehen, dann ist der intellektuelle Urheber — der wenige Tage vorher des Amtes enthobene volksparteiliche Regierungspräsident v. Bahrfeldt! Oder warum wurde sonst das Attentat auf ihn verübt, wenn man ihn nicht als intellektuellen Urheber ansah? Was hat mit dieser Kumpel der Chefredakteur der sozialdemokratischen Zeitung zu tun? In welchem Zusammenhang steht damit der Gemeindevorsteher Galowski in Korgau, auf den man in der Nacht ein Attentat verübt hat?

Es ist einfach eine feige und erbärmliche Ausrede, wenn man Attentate auf unschuldige und unbeteiligte Personen als „Notwehr“ oder als „Volksjustiz“ im Sinne einer höheren Gerechtigkeit frisieren will. Es handelt sich um Rache- und Einschüchterungsakte. Was die Reichstagswahl auf legalem Wege nicht gegeben hat, das soll durch Mord und Terror erzwungen werden.

Im „Angriff“ wird diese Absicht bereits mit aller Deutlichkeit verkündet. Dieses Straßenorgan fordert von der Regierung nicht mehr und nicht weniger als die Bewaffnung der SA und SS, „solange, bis endlich der Rotmordterror restlos gebrochen ist“. Zu diesem Zweck sollen SA und SS als Hilfspolizei einberufen werden, dann würde „in wenigen Tagen der ganze Mostaupul aus Deutschland verschwunden sein“. Deutlicher kann die Absicht eines Terror- und Willkürregiments nicht angekündigt werden. Wir erinnern an das ungeheure Befehl, das die Nazipresse erhob, als der thüringische Bürgermeister Borch infolge eines mißverständlichen Befehls zwei (!) ganze Reichsbannerteile auf anderthalb Stunden zu Hilfspolizisten ernannte. Wieder einmal läßt die Hitler-Partei die Maske fallen: Jetzt soll die gesamte braune Hausmacht Hitlers in den Staatsdienst einrücken!

Kein vernünftiger Mensch in Deutschland wird glauben, daß, sobald diese Forderung erfüllt wäre, noch irgendein politischer Gegner der Nazis sich auf der Straße zeigen könnte oder auch nur in seiner Wohnung seines Lebens sicher wäre. Auf Konto „Notwehr“ und „Volksjustiz“ würde diese braune Notpolizei alles, was ihr an politischen Gegnern bekannt ist, niederschlagen und niederknuppeln.

Der „Angriff“ geht aber noch weiter. Er vertritt jetzt ganz offen die Forderung, daß die Kommunisten vom Reichstag ausgeschlossen, ja daß „der blutrünstigen Moskauer Fremdenlegion der Zutritt zum Deutschen Reichstag, in dem sie nichts zu suchen hat, verweigert wird“. — Welch plötzliche Unfreundlichkeit. Wieviel lebenswürdiger war doch der „Angriff“ zu den Kommunisten, als er ihre Stimmen noch brauchte, zum Beispiel für gemeinsame Amnestieanträge, für Anträge gegen die Regierung Braun-Severing usw. Jetzt ernten die braven Nazis, die so lange Arm in Arm mit den Nazis gegen die Republik gekämpft haben, den Dank vom Hause Goebbels! Jetzt, wo die Nazis allein die Situation zu beherrschen glauben, heißt es einfach: hinaus! Die Weltgeschichte schreibt wieder eine ihrer Seiten.

Aber die Sache hat ihren großen Ernst. Der Ausschluß der Kommunisten wäre der Anfang einer Entwicklung, in der sich eine Partei zur alleinigen Partei im Staate machen will. Würden in kurzfristiger Verblendung andere Parteien den Nationalsozialisten dabei helfen, die Kommunisten verfassungswidrig vom Reichstag auszuschließen, so dürften sie der Nemesis gewiß sein: denn die unerfülllich machthungrige Gesellschaft würde erst dann ruhen, wenn in Fortsetzung dieser Methode der letzte Nichtnationalsozialist, wenn auch der letzte Jugenbergianer zum Tempel hinausgeschoben ist. Die Methode, die vom Volke verweigerte Mehrheit sich dadurch zu schaffen, daß man nach Belieben Gegner aus dem Parlament ausschließt, ist aber nun einmal in der Verfassung nicht vorgesehen, sie ist auch durch keinerlei Notverordnung einzuführen. Es ist und bleibt ein glatter Rechtsbruch, auf der gleichen Stufe der Unmoral stehend wie die zur „Notwehr“ umfrisierten Königsberger Meuchelmorde.

Die Notwehr ist ein unveräußerliches Naturrecht des unschuldig Angegriffenen. Der Angreifer aber, der seine Gewaltakte auf den Namen der Notwehr tauft, er handelt nicht nur verbrecherisch, nein, auch schamlos!

Mangelnde Abhängigkeit.

Wer Naziverbrecher verhaftet, soll fristlos entlassen werden

Die Nazifraktion des Preussischen Landtages fordert in einem Antrag die frist- und pensionslose Entlassung des neuen Kasseler Polizeipräsidenten Mergenthaler.

Mergenthaler ist der Nachfolger des von Papen und Bracht für abgesetzt erklärten sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Hohenstein. Er ist ein den Deutschnationalen nahestehender Beamter, der bei seiner Einsetzung durch den Reichskommissar von der Nazipresse stürmisch begrüßt wurde. Jetzt soll er bereits wieder verschwinden? Warum? Wenige Tage nach seinem Amtsantritt mußte Mergenthaler einige Kasseler Naziführer verhaften lassen, weil sie des Diebstahls von Polizeiwaffen und Munition überführt sind.

Der Naziführer Kube, der damals zufällig in Kassel weilte, versuchte daraufhin telephonisch den neuen Polizeipräsidenten durch Drohungen einzuschüchtern. Er hoffte auf diese Weise die Freilassung der Waffendecke zu erreichen. Der Erpressungsversuch schlug fehl. Jetzt versucht sich Kube zu rächen. Er hat im Landtag einen Antrag auf frist- und pensionslose Entlassung des Polizeipräsidenten Mergenthaler eingereicht.

Polizeipräsident Hohenstein gehörte zu den Beamten, von denen die Reichsregierung ohne Beweis behauptete, sie hätten nicht die zu ihrer Amtsführung nötige Unabhängigkeit.

Die Anschuldigungen der Nazis gegen seinen Nachfolger gehen nach der entgegengesetzten Richtung. Er hat nicht die nötige Abhängigkeit von ihrer Partei.

Im Land des Terrors.

Die Behörden schweigen. — Bahrfeldt das Opfer seiner Klasse.

R. B. Königsberg, 3. August. (Eigenbericht.)

Ostpreußen befindet sich nach wie vor in einem Zustand äußerster Spannung. Die Attentate in Lititz und Korgau bei Königsberg haben die Erregung außerordentlich gesteigert. Außerdem ist die Situation in Königsberg selbst durch die bevorstehenden Leichenbegängnisse verschärft, wenn es auch infolge des vermehrten Sicherheits- und Streifenendienstes der hiesigen Polizei am Mittwoch zu keinen Zusammenstößen gekommen ist.

Am Donnerstag wird um 2 Uhr nachmittag der ermordete kommunistische Stadtrat Sauff, der sich auch in sozialdemokratischen Kreisen wegen seiner politischen Sachlichkeit und menschlichen Anständigkeit großer Achtung erfreute, eingäschert. Um 3 Uhr findet gleichfalls das Leichenbegängnis des am Sonnabend erschossenen SA-Mannes Reinte statt. Bis Mittwochabend aber hat sich der Polizeipräsident von Königsberg noch nicht geäußert, ob er in beiden Fällen ein öffentliches Begräbnis, also ein Leichenbegängnis mit Massenbeteiligung zulassen wird oder nicht.

Der Zustand des vermundeten Chefredakteurs der „Königsberger Volkszeitung“, des Genossen Birgatsch, hat sich ein wenig gebessert. Dagegen ist das Befinden des gleichfalls schwer vermundeten Jirpinski nach wie vor bedenklich. Jirpinski hat zwei Schüsse in den Kopf und in die Brust erhalten und außerdem haben die Banditen noch auf den am Boden Liegenden mit Dolchen eingestochen.

Der vermundete Regierungspräsident i. R. von Bahrfeldt befindet sich auf dem Wege zur Besserung. Das Attentat auf diesen Beamten hatte in Königsberg besonderes Aufsehen erregt, weil Herr von Bahrfeldt alles andere war als ein linksgerichteter Mann. Es ist aber für die politischen Verhältnisse Ostpreußens durchaus charakteristisch, daß Herr von Bahrfeldt, der durchaus den

Typ des aristokratischen Beamten

verkörpert, seit Jahr und Tag von der mächtigen Clique des reaktionären ostpreussischen Junkertums auf das gehässigste beschimpft wurde, weil er ein loyaler Beamter und kein Quertreiber war. Die Kreise, die sich um die Herren von Hippel, Grafen Eulenburg und anderer Männer, die sich heute in der Reichsregierung befinden, scharen, haben es diesem Beamten niemals verziehen, daß er es von vornherein abgelehnt hat, sich unter das politische und gesellschaftliche Joch des ostpreussischen Junkertums zu beugen. Ganz zweifellos hat die jahrelange widerliche Hege der deutschnationalen Presse, die bis zum Jahre 1926 zurückgeht, den Boden dafür vorbereitet, daß Herr von Bahrfeldt automatisch auf die schwarze Liste der Nationalsozialisten als typischer Vertreter des „Systems“ gekommen ist, obwohl man ihm auch beim besten Willen nicht den Vorwurf machen kann, etwa eine ausgesprochen „linke“ Politik getrieben zu haben.

Nichts kennzeichnet die staatszerstörende Wirkung der hemmungslosen nationalsozialistischen Hege so sehr wie dieser Anschlag gegen den erst vor kurzem aus dem Dienste entlassenen Regierungspräsidenten, der ein Anschlag gegen die Autorität des Staates im wahren Sinne des Wortes war.

Zu dem Attentat auf den sozialdemokratischen Gemeindevorsteher Galowski in Korgau veröffentlicht das hiesige Büro der „Telegraphen-Union“ eine Meldung, die von A bis Z erfolgen ist. Galowski soll nach dieser Meldung „der SPD. ehemals angehört und sich jetzt der KPD. zugewendet“ haben. Diese Meldung, die von der reaktionären Presse Ostpreußens begierig aufgegriffen wurde, ist eine grobe Lüge. Galowski ist nach wie vor der Vertrauensmann der Partei für den ganzen Kreis Fischhausen. Die Lüge dient offenbar dem Zweck, die ganz klare Schuld der Nazis zu vertuschen, wobei zu durch-

sichtigsten Zwecken der infame Versuch unternommen wird, einen Bruch zwischen Galowski und der Sozialdemokratischen Partei zu konstruieren.

Im übrigen lästet sich jetzt die Schleiher von den Attentaten am Montagmorgen langsam. Bisher sind etwa 80 Verhaftungen erfolgt. Die Vernehmung des Nationalsozialisten Walter, der in schwerem Verdacht steht, Anführer der Brandstifterkolonne gewesen zu sein, ist noch nicht abgeschlossen. Es ist ferner festgestellt, daß in verschiedenen SA-Posten in der Nacht zu Montag Flaschen mit Benzin, Pistolen und Schlagwerkzeuge ausgegeben worden sind. Die Waffenverteilung unterstand dem bekannten nationalsozialistischen Führer Homeyer.

Das hiesige Nazi-Organ, die „Preussische Zeitung“, bemüht sich weiter, Del ins Feuer zu gießen. Der Gipfel der Frechheit ist, daß das Blatt der Brandstifter und Mordkolonnen ein Verbot der „Königsberger Volkszeitung“ fordert, weil das sozialdemokratische Organ sehr scharfe Worte zu den Attentaten gefunden hat. Das Naziblatt tadelt, daß die „Königsberger Volkszeitung“ vom Polizeipräsidenten nur eine Verwarnung erhalten hat, weil es in seiner Montag-Ausgabe erklärte, die Königsberger Arbeiter würden die Mordbuben züchtigen, wo sie sie treffen.

Wie ich hierzu noch erfahre, soll die Staatsanwaltschaft ein Verfahren gegen die „Königsberger Volkszeitung“ wegen — Aufreizung zum Klassenhaß eingeleitet haben. Eine Befristung dieser Meldung ist aber noch nicht erfolgt.

Handgranatenanschläge in Oberschlesien.

Rosenberg (C.-Schl.), 3. August.

In der vergangenen Nacht wurden zwei Handgranatenanschläge verübt. Der eine galt der auf dem Ring gelegenen Geschäftsstelle der Zentrumszeitung „Der ober-schlesische Kurier“. Hier warfen bis jetzt unbekannte Täter eine Eierhandgranate durch die Scheibe der Ladentür. Durch die Splitter der Granate wurde im Geschäftslokal erheblicher Schaden angerichtet. Am die gleiche Zeit wurde an die Klinke der Haustür eines Hotels eine Stielhandgranate angebunden und zur Explosion gebracht. Hierdurch wurde die ganze Haustür zertrümmert. Auch zahlreiche Fensterscheiben des Hotels und der umliegenden Häuser sind zertrümmert worden. Während des Anschlags ging ein starker Regen nieder, so daß sich niemand auf der Straße befand und die Täter ungehindert ihre Tat ausführen konnten.

Feuerüberfall auf ein kommunistisches Ehepaar.

Augsburg, 3. August.

Wie der Polizeibericht meldet, wurden heute früh gegen 2 Uhr durch das Schlafzimmersfenster der Eheleute Josef und Franziska Goh von bisher unbekanntem Täter drei Schüsse abgegeben. Durch diese Schüsse wurde Frau Goh am rechten Oberarm und am Hals schwer verletzt. Die „Neue Augsburger Zeitung“ meldet dazu, daß der Hilfsarbeiter Goh der kommunistischen Partei angehört. Er war durch den Ruf geweckt worden: „Josef, schau doch raus!“ Als Goh sich anschickte, dem Ruf Folge zu leisten, fielen einige Schüsse abgegeben worden, welche die im Bett liegende lungenleidende Frau schwer verletzten. Die Bewohner der Baracke, in der das Ehepaar wohnte — vielfach Mitglieder der kommunistischen Partei — gaben an, daß in letzter Zeit häufig SA-Männer die Gegend durchstreift hätten und daß es gelegentlich zu Zusammenstößen gekommen sei.

Landtag 16. August.

Nazi-Kube droht mit Explosionen.

Der Ältestenausschuh des Preussischen Landtags tagte am Mittwochnachmittag, um zum Wiederauftritt des Landtags Stellung zu nehmen. Die Sozialdemokraten stellten den Antrag auf möglichst baldige Einberufung, wobei sie als nächsten Tagungstermin den 9. August in Vorschlag brachten. Als Tagesordnung schlugen die Sozialdemokraten vor: Erstens Stellungnahme des Landtags gegen den Staatsstreich der Reichsregierung (Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen), zweitens die Terrorakte in Königsberg usw. Die Kommunisten schlossen sich diesem Antrag an. Der Nazipräsident Kerkel erklärte, daß die Einberufung des Landtags erfolgen müsse, da das verfassungsmäßige Fünfstel der Abgeordneten, das die Einberufung jederzeit verlangen kann, durch die Antragsteller repräsentiert werde. Auf das heftigste wandte sich der Führer der Nationalsozialisten, Kube, gegen die Einberufung des Landtags. Durch ungeheuerliche Drohungen wollte Kube die Antragsteller einschüchtern zu können, um sie von ihrem verfassungsmäßigen Recht auf Einberufung des Landtags abzubringen. Kube erklärte nämlich: Wenn der Landtag im August zusammenträte, so könne er bei der Stimmung seiner Fraktion keine Garantie übernehmen, daß es nicht wieder zu Gewalttätigkeiten käme.

Die Folgen mühten sich die Antragsteller selber zuschreiben (!). Von der Sozialdemokratie wurde erwidert, daß derlei Drohungen nicht den geringsten Eindruck machten. Für die Sozialdemokratie sei es ganz selbstverständlich, daß der Landtag, dessen Rechte in erster Linie durch die Einsetzung eines Reichskommissars verletzt worden seien, so schnell wie möglich zu diesem Vorgehen der Reichsregierung Stellung nehme. Die sozialdemokratische Fraktion werde nichts tun, um ihrerseits Gewalttätigkeiten herbeizuführen oder einen Vorwand dazu zu liefern, aber sie werde sich auch durch keinerlei Drohungen von der Wahrnehmung der Volks- und Arbeiterrechte abhalten lassen. Jetzt greif der Nazipräsident Kerkel ein, indem er — scheinbar vermittelnd — auf Kubes Standpunkt hinüberwechselte: Es sei doch besser, aus praktischen Gründen mit der Einberufung des Landtags bis zur Bildung einer neuen verfassungsmäßigen Regierung (Wahl) zu warten, unter der Ruhe und Ordnung garantiert seien. Ihm wurde von der Sozialdemokratie

erwidert, daß nach der Verfassung die Ruhe und Ordnung im Landtagsgebäude vom Landtagspräsidenten zu wahren sei. Wenn dieser dazu außerstande sei — zumal gegenüber den Mitgliedern seiner eigenen Fraktion —, so müsse der Präsident zurücktreten. Blicke er aber auf dem Posten, dann sei er auch für Ruhe und Ordnung verantwortlich. Ein Kommunist nagelte die Kubeschen Ausführungen noch einmal fest: Die Nationalsozialisten bekennen jetzt offen, daß sie den im Bunde geübten Terror auch auf das Parlament übertragen wollen. Nunmehr trat Kube einen Rückzug an: Die Nationalsozialisten seien Gegner jeder Gewalttätigkeit inner- und außerhalb des Parlamentes (siehe Königsberg! Die Red.). Aber die Stimmung seiner Fraktion sei infolge der dauernden Provokationen von links (!!!) so gespannt, daß beim geringsten Anlaß Explosionen unvermeidlich seien! Im übrigen, so meinte Kube, solle man doch den jetzt zur Regierungsbildung berufenen Parteien Zeit bis September lassen. (Der Kuhhandel beginnt! Die Red.) Der Landtag könne doch viel bessere Arbeit leisten, wenn er eine verantwortliche Regierung sich gegenüber habe. Schließlich wurde der sozialdemokratische Antrag, der als Termin für den Wiederauftritt den 9. August fordert, abgelehnt. Auf Vorschlag des Präsidenten Kerkel wurde mit den Stimmen der Rechten und des Zentrums der Wiederauftritt für den 16. August beschlossen.

Der Verlauf der Sitzung war außerordentlich aufschlußreich. Das Verhalten der Nazis zeigte, daß sie hinter den Kulissen eifrige Koalitionsverhandlungen pflegen. Bis diese aber zum Abschluß gediehen sind, möchte man sie der Anhängerschaft durch erneutes Radtheater spendeln. Offensichtlich beabsichtigen die Nazis, durch vorzeitige Sprengung der Landtagsfraktion die Opposition zu verhindern, die Schandtat der Notverordnungsjacken an den Pranger zu stellen.

Regierungspräsident von Basse-Oppeln, der mit anderen republikanischen Beamten ein Opfer der gegenrevolutionären Beamtenpolitik geworden ist, teilt uns mit, daß er nicht „entschiedener Bodenreformer“ im Sinne Damalsches, sondern Sozialdemokrat ist. Wir hatten in einem Artikel am 29. Juli die Tatsache, daß Basse Parteigenosse ist, als bekannt vorausgesetzt.

„Ich warne zum letzten Male.“

Eine Drohung ohne Konsequenz?

Am 1. August hat der Reichskommissar Bracht seinen Aufruf erlassen, dessen drohende Sprache auffiel. Es hieß in diesem Aufruf: „Gewalt und Terror müssen endlich der Achtung vor dem Gesetz weichen. Die Heiligkeit des Menschenlebens darf nicht weiter angetastet werden. Ich warne zum letzten Male! Die Staatsregierung wird selbst drakonische Maßnahmen nicht scheuen, um ihre Pflichten gegenüber dem friedlichen Staatsbürger zu erfüllen und den Burgfrieden zu erzwingen, den unser Land braucht.“

Dieser Aufruf ist in der Öffentlichkeit verschieden aufgenommen worden. Bei den Nationalsozialisten hat er gewirkt als ein Signal zu einer Kette von Attentaten, Mord- und Bombenanschlägen.

Wir notieren: Attentatsserie in Königsberg (2 Todesopfer, 3 Verwundete, darunter der Regierungspräsident von Bahrfeldt und der sozialdemokratische Chefredakteur Wyrzatsch). Ebenfalls Bombenattentate gegen zwei republikanische Zeitungsunternehmen, Gewalttaten gegen Geschäfte.

In Bielefeld bei Hannover Ueberfall einer katholischen Kirche durch 40 SA-Männer, Demolierung der Einrichtung — Feuergefecht zwischen Polizei und SA auf der Chaussee Dortmund-Löhne. In Holstein etwa zehn Handgranatenattentate gegen Wohnungen von Sozialdemokraten, Kommunisten, Konsumvereine usw.

In Marienburg neue Attentatsserie auf Republikaner, Schüsse auf die Wohnung des Polizeikommissars Kiedel, Sturm auf die Wohnung des UOB-Vorsitzenden Rahn usw.

In Blegitz Handgranatenattentat auf das Volkshaus. — In Goldberg i. Schlesien Pistolenschläge auf die Wohnung des Landrats Gungl. — In Wielitsch in Schlesien Terrorisierung des Arbeiterlokals. — In Quadrath im Rheinland schwere Ausschreitungen von Nazis. Sechs geladene Pistolen gefunden. — In Rehlberg zwei Deutschnationale von Nazis niedergestochen.

In Kreuzburg Handgranatenattentat auf die Wohnung eines Juden. — In Szilfen bei Tilsit Revolverattentat auf den Reichsbannerführer Raschowski. — In Hofgeismar bei Kassel kompletter Panzerwagen beschlagnahmt. — An verschiedenen Orten bei Nationalsozialisten insgesamt mehrere hundert Schusswaffen, Munition usw. beschlagnahmt.

Das ist das Ergebnis von 48 Stunden!

Und nun fragen wir Herrn Bracht: Was haben seine Worte „Ich warne zum letzten Male“ bedeuten sollen? Bisher haben wohl die üblichen polizeilichen und gerichtlichen Schritte auf die Attentate hin stattgefunden. Herr Bracht hat persönlich dem in Königsberg angeschossenen Regierungspräsidenten von Bahrfeldt — auffälligerweise nur diesem, nicht den anderen Opfern — seine Enttäuschung über die Tat ausgesprochen. Sein Abscheu vor diesem Treiben ist damit dokumentiert. Aber von dem angekündigten Besondern, von der „drakonischen Strenge“, die die Regierung zum Schutze friedlicher Staatsbürger angekündigt hat, ist auch nicht das mindeste zu merken. Das ist auffällig. Aus früheren Kundgebungen des Reichstanzlers von Bapen wissen wir, daß die Reichsregierung bisher die Schuld an den Unruhen im wesentlichen den Kommunisten zugeschoben hat. Die letzten Tage müssen aber auch ihr die Augen darüber öffnen, daß die Nazis die bei weitem schlimmsten Terroristen in Deutschland sind. Sollte das Erstaunen der Regierung über die Entdeckung so groß sein, daß es sie vorläufig am Handeln hindert?

„Deutschlands guter Ruf auf dem Spiel“

Eine Mahnung der „Times“ an die Reichsregierung.

Die Herren der Wilhelmstraße lassen, wie gewöhnlich, durch die ihnen nahestehenden Nachrichtenagenturen alle Pressestimmen verbreiten, die ihnen angenehm in den Ohren klingen, sorgen aber dafür, daß alle kritischen Äußerungen der Auslandspresse nicht zur Kenntnis des deutschen Volkes kommen. Noch nie ist diese Berichterstattung so aufreizend tendenziös gewesen wie seit dem Regierungsantritt der Barone. Es ist also kein Wunder, wenn auch nachstehende Äußerung im Zeitartikel der „Times“ vom Dienstag durch die führenden Telegraphenagenturen verschwiegen worden sind, obwohl ihre Bedeutung nicht bestritten werden kann. Am Schluß eines Aufsatzes über die durch die deutschen Reichstagswahlen geschaffene Lage heißt es:

„Aber viel dringlicher als irgendwelche Reformen oder als irgendwelche innen- oder außenpolitischen Pläne ist die Notwendigkeit, Ordnung zu erzwingen und aufrechtzuerhalten. Deutschland ist im Laufe einer Reihe von Wahlen innerhalb kurzer Zeit in eine parteipolitische Kaserei hineingekommen und der Wahlakt am Sonntag hat grausame Gewalttaten zur Folge gehabt. Unser Berliner Korrespondent hat sich immer sorgfältig davor gehütet, die Zusammenstöße und Tumulte zu überstreifen, die die deutsche Politik in letzter Zeit verhandelt haben, obwohl allein der letzte Wahlkampf hundert Menschenleben gekostet hat.“

Aber unser Korrespondent zögert nicht, das Wort „Terror“ auf den Ausbruch anzuwenden, der sich in Ostpreußen in den Morgenstunden des Montag ereignet hat.

Ein wilder Ueberfall ist wenige Stunden nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse in Königsberg auf Kommunisten und Sozialdemokraten verübt worden. Führende Mitglieder dieser Parteien sind aus keinem anderen Grunde brutal niedergeschossen worden, als daß sie Mitglieder dieser Partei waren; nicht etwa bei zufälligen Zusammenstößen, sondern im Lauf einer Reihe nächstlicher Besuche, die von einer größeren Anzahl bewaffneter Männer unternommen wurden, die anscheinend der Partei des Herrn Hitler angehören.

Der gute Ruf Deutschlands fordert gebieterisch, daß diese schändlichen Gewalttaten aufhören.

Die Regierung des Herrn von Bapen hat den weisen Beschluß gefaßt, einen zehntägigen Burgfrieden zu erlassen. Einwilligen sollte sie darauf verzichten, den Reformatoren und den Diplomaten zu spielen und sich auf die Arbeit des Polizisten beschränken.“

Neuer Handelsminister in USA. Handelsminister Lamont hat sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Präsident Hoover hat das Gesuch angenommen und zum Nachfolger Lamonts den Vorsitzenden der Hudson-Motor-Car-Company, Roy Chapin aus Detroit, ernannt.

Das böse Beispiel.



Der Friedensengel: „Nun, schämt euch, Bolivianer und Paraguäer, Krieg miteinander zu führen! Nehmt euch ein Beispiel an den friedliebenden aufbauwilligen „Nationen!“
Die Kämpfenden: „Lun wir ja! Wir haben gerade die aufbauwilligen Nazis in Deutschland zum Vorbild genommen!“

Diktirierte Verwaltungsreform.

58 Landkreise und 60 Amtsgerichte verschwinden.

Die kommissarische Verwaltung Preußens hat auf dem Verordnungsweg 58 Landkreise und 60 Amtsgerichte aufgelöst. Ohne die Zweckmäßigkeitfrage zu berühren, die lebhaft umstritten ist, muß auf das entschiedenste dagegen Einspruch erhoben werden, daß eine so umfassende Neuorganisation ohne Anhören des Landtags dekretiert wird, noch dazu von einer Verwaltung, deren Rechtsgrundlage bestritten ist, und die sich der Gefahr aussetzt, daß alle ihre Verordnungen ungültig werden!

Auf diese Weise wird die Verwirrung immer größer! Wir geben im folgenden einen kurzen Ueberblick über die Umorganisation.

58 Landkreise verschwinden.

Regierungsbezirk Köslin: Die bisherigen Landkreise Schivelbein, Belgard, Bublitz und Köslin werden aufgelöst. Neue zusammengelegte Kreise: Belgard, Köslin.

Regierungsbezirk Breslau: Die bisherigen Landkreise Glatz, Neutode, Frankenstein, Münsterberg, Reichenbach, Rimpfisch, Ohlau, Brieg, Schweidnitz, Striegau, Wohlan und Steinau werden aufgelöst. Neue Kreise: Glatz, Frankenstein, Reichenbach, Ohlau, Schweidnitz, Wohlan.

Regierungsbezirk Elegenitz: Die bisherigen Landkreise Landeshat, Bockenhain, Elegenitz, Jauer, Goldberg-Hagnau, Schönau, Sprottau, Sagan, Grünberg und Freystadt werden aufgelöst. Neue Kreise: Landeshat, Elegenitz, Goldberg, Sprottau, Grünberg.

Regierungsbezirk Magdeburg: Die Kreise Wernigerode und Halberstadt werden zu einem Kreis Wernigerode zusammengelegt.

Regierungsbezirk Merseburg: Aus den Kreisen Weichenfels und Raumburg wird Kreis Weichenfels.

Regierungsbezirk Erfurt: Aufgelöst werden die Kreise Weichensee, Erfurt, Schleusingen. Aus Weichensee und Erfurt wird Kreis Weichensee, aus Schleusingen und Herrschaft Schmaltalden (Regierungsbezirk Kassel) wird Kreis Suhl.

Provinz Schleswig-Holstein: Die Landkreise Rorderdithmarschen, Süderdithmarschen, Husum, Eiderstedt, Vordersholm und Insel Helgoland werden aufgelöst. Neue Kreise: Dithmarschen, Husum. Helgoland kommt zum Kreis Pinneberg.

Regierungsbezirk Hannover: Die Landkreise Syle, Hoya, Diepholz, Sulingen, Nienburg, Stolzenau, Hannover und Linden werden aufgelöst. Neue Kreise: Syle, Sulingen, Nienburg, Hannover.

Regierungsbezirk Hildesheim: Die Landkreise Alfeld, Gronau, Northeim, Uslar, Göttingen, Müden und Alfeld werden aufgelöst. Neue Kreise: Alfeld, Northeim, Göttingen.

Regierungsbezirk Lüneburg: Die Landkreise Harburg, Winsen, Lüneburg, Biedersee, Lühnow, Dannenberg, Bishorn, Idenhagen, Fallingb., Solltau werden aufgelöst. Neue Kreise: Harburg, Lüneburg, Bishorn, Fallingb., Solltau.

Regierungsbezirk Stade: Die Landkreise Geseesmünde, Lehe, Hadeln, Reuhaus a. d. Oste, Stade, Rehdingen, Jork, Bremerörde, Jeven, Blumenthal, Osterholz, Verder und Achim werden aufgelöst. Neue Kreise: Weseemünde, Ottendorf, Stade, Bremerörde, Osterholz, Verden.

Regierungsbezirk Osnabrück: Die Landkreise Achendorf, Hümming, Osnabrück und Iburg werden aufgelöst. Neue Kreise: Achendorf, Osnabrück.

Regierungsbezirk Aurich: Aufgelöst: Rorden, Emden, Leer, Weener. Neu: Rorden, Leer.

Regierungsbezirk Kassel: Aufgelöst: Fulda, Gersfeld, Triptlar, Honberg, Kassel, Wolfhagen, Warburg, Kirchhain und Herrschaft Schmaltalden. Neu: Fulda, Triptlar, Kassel, Warburg.

Regierungsbezirk Kassel: Aufgelöst: Oberaunuskreis, Ufingen, Welterburg, Oberwesterwaldkreis, Dillkreis und Biedenkopf. Neu: Oberaunuskreis, Welterburg, Dillenburg.

Regierungsbezirk Koblenz: Aus den Kreisen Kreuznach und Weisenheim wird Kreis Kreuznach, Kreis Adenau wird auf Urweiler und Wachen verteilt.

Regierungsbezirk Köln: Aus Rülheim und Wipperfürth wird

Bergischer Kreis, aus Gummersbach und Waldbröl Nigger-Wichlkreis, Kreis Rheinbad wird auf Euskirchen und Bonn verteilt.

Regierungsbezirk Aachen: Aus Seidentirchen und Heinsberg wird Kreis Seidentirchen.

60 Amtsgerichte aufgelöst.

Mit Ablauf des 30. September 1932 werden aufgehoben: im Kammergerichtsbezirk: die Amtsgerichte Jehrbellin, Lippehne, Pforten und Zriebel; im Oberlandesgerichtsbezirk Breslau: die Amtsbezirke Carolath, Raumburg a. Lu., Pärchwig, Volkow, Praunitz, Schömburg und Mansen; im Oberlandesgerichtsbezirk Celle: die Amtsgerichte Berum, Copenbrügge, Siebaldehausen, Kalenberg, Margarten, Moringen und Volle; im Oberlandesgerichtsbezirk Düsseldorf: das Amtsgericht Wuppertal-Konsdorf; im Oberlandesgerichtsbezirk Frankfurt a. M.: die Amtsgerichte Braubach, Gammertingen, Kahnselbogen und Wolf; im Oberlandesgerichtsbezirk Hamm: die Amtsgerichte Borgentrich, Fürstenberg, Hagen-Halpe, Lichtenau, Nieheim, Rheda und Rietberg; im Oberlandesgerichtsbezirk Kassel: die Amtsgerichte Abterode, Amöneburg, Bieber, Birstein, Bichhausen, Burghausen, Meerholz, Rentershausen, Reira, Niederaula, Raufenberg, Rosenthal, Schwarzenfels, Wederhagen, Wühl, Wansfried und Zierenberg; im Oberlandesgerichtsbezirk Kiel: die Amtsgerichte Heiligenhafen und Lunden; im Oberlandesgerichtsbezirk Köln: das Amtsgericht Aldenhoven; im Oberlandesgerichtsbezirk Königsberg: die Amtsgerichte Alenburg und Wühlhausen; im Oberlandesgerichtsbezirk Raumburg a. d. S.: die Amtsgerichte Beigern, Gröningen, Großhobungen, Bettin und Wippra; im Oberlandesgerichtsbezirk Stettin: die Amtsgerichte Jacobshagen, Pentun und Zanow.

Die gegenwärtigen Machthaber in Preußen haben mit einem einzigen Federstrich 60 Amtsgerichte ab 1. Oktober für aufgelöst erklärt. Die davon betroffenen Richter sollen in anderen Stellen untergebracht werden. Auch für die Rechtsanwälte will man nach Möglichkeit Härten vermeiden. Während es bisher Vorschrift war, daß ein Anwalt seinen Wohnsitz am Gerichtsort haben mußte, sollen jetzt auf Wunsch Ausnahmen zugelassen werden. Anwälte, die im Interesse ihrer Praxis ihren Wohnort nicht nach dem neu zuständigen Amtsgericht verlegen wollen, können auf Antrag am bisherigen Ort wohnen bleiben.

Die Aufhebungsverfügung ist von dem Essener Oberbürgermeister Bracht „für den Ministerpräsidenten“ gezeichnet, obwohl der rechtmäßige Ministerpräsident Otto Braun an der Ausübung seiner Tätigkeit zur Zeit gehindert wird und es in Preußen einen anderen Ministerpräsidenten gegenwärtig nicht gibt. Da Bracht gegen Otto Braun und nicht mit dessen Willen eingesetzt ist, kann er unmöglich „für den Ministerpräsidenten“ zeichnen. Wahrscheinlich werden sich die Männer der „neuen Staatsführung“, wie wir es bereits einmal erlebt haben, wieder mit einem „Büroklapsus“ herausreden.

Sozialdemokratie und Siedlung.

Alle Lügen in neuer Fassung.

Der „Angriff“ wärmt wieder einmal die alte Lüge auf, die Sozialdemokratie wolle die landwirtschaftlichen Großbetriebe nicht zerbrechen, weil es dann den Landarbeitern besser gehen könne und nur unzureichende sozialdemokratisch wählen. In der Schrift des Genossen Kuttner über Otto Braun soll dieser Unfug zu lesen sein.

In Wahrheit enthält diese Schrift auch nicht einen einzigen Satz dieses Inhalts. Im Gegenteil! Auf Seite 66 der Schrift schreibt der Verfasser: Eine trügliche Siedlungspolitik ist das Gebot der Stunde geworden.

Von einem Lügner wird man künftig nur noch folgen können: Er lügt wie ein Nazi!

Mordanschlag auf eine Familie.

Rittergutsbesitzer läßt Arbeiterfamilie „ausräuchern“.

In sensationeller Verhandlung hatten sich vor dem OLG-Richter Schöffengericht der Waldarbeiter Gustav Krause und der Rittergutsbesitzer Ludwig Proseke aus Krummlinde, Kreis Lüben, wegen versuchter Nötigung und gefährlicher Körperverletzung bzw. Anstiftung hierzu zu verantworten. Der Anklage lag ein regelrechter Mordanschlag auf eine ganze Familie zugrunde.

Auf dem Rittergut des Herrn Proseke wohnte im vorigen Jahr der Meister Karl Przybilla mit seiner Frau und drei Kindern im Alter von drei bis fünf Jahren. Wegen Differenzen wurde dem Meister keine Stellung und keine Dienstwohnung gekündigt und Proseke erzielte auch ein Räumungsurteil. Da der Meister aber weder Stellung noch eine neue Wohnung erhielt und sich mit seiner Familie nicht einfach auf die Straße setzen konnte, blieb er weiter in seiner alten Dienstwohnung. Nun beschloß Proseke in gewisser Weise, die ihm unliebame Familie einfach auszüräuchern. Er erteilte dem Arbeiter Krause den Auftrag, beide Schornsteine der Wohnung mit Säcken zu verstopfen. Dieser Auftrag wurde am 2. Juni 1931 ausgeführt. Die Folge war, daß in der folgenden Nacht Rauch und Kohlenoxydgase nicht durch den Schornstein entweichen konnten, sondern restlos in die Arbeiterwohnung eindrangen, so daß diese völlig verqualmt wurde.

Die ganze Familie, Mann, Frau und alle drei Kinder, wurden vergiftet beunruhigungslos aufgefunden.

Die Vergifteten konnten erst mit Hilfe künstlicher Atmung wieder ins Leben zurückgerufen werden. Um ein Haar hätte die „Ausräucherung“ fünf Menschenleben gefordert. Als der Oberlandjäger und der zuständige Schornsteinfegermeister mit der Untersuchung beauftragt wurden, verweigerte ihnen Proseke die Schlüssel zum Hausboden. Die Ermittlungen ergaben einwandfrei, daß beide Schornsteine mit Säcken verstopft worden waren.

Das Gericht verurteilte, den Antrags des Staatsanwalts entsprechend, Krause, der nur unter dem Einfluß seines Dienstherrn gehandelt hatte, zu einem Monat Gefängnis mit Strafaussetzung. Der Anstifter Proseke aber wurde zu sechs Monaten

Gefängnis verurteilt. Strafaussetzung wurde bei ihm abgelehnt. In der Urteilsbegründung wurde betont, daß vielleicht in früheren Jahrhunderten eine derartige lebensgefährliche Ausräucherung möglich gewesen wäre. Angesichts des Bildungsgrades und des Standes des Hauptschuldigen habe die Strafe gegen ihn nicht milde benehmen werden können.

Vor einer Mordaufklärung?

Haftbefehl gegen den Ehemann Bierhuß.

Der Raubmord an der 43 Jahre alten Wirtschaftlerin Margarete Bierhuß, die am Nachmittag des 18. Juli von einem Berliner Regierungsinpektor in der Wohnung seiner verreisten Mutter, einer Witwe Ziem, in der Schönhauser Allee 27 tot aufgefunden worden war, scheint jetzt eine Aufklärung gefunden zu haben. Nachdem sich sämtliche von der Mordkommission Quos nachgeprüften Spuren als gegenstandslos erwiesen, richtete sich der Verdacht gegen den Ehemann der Bierhuß. Diese Verdachtsmomente verstärkten sich derart, daß die Kriminalpolizei schließlich vor etwa 14 Tagen zur Festnahme von Bierhuß schritt, den man gleich nach der Entdeckung der Tat vernommen, aber wieder auf freien Fuß gesetzt hatte. Bierhuß wurde nun dem Vernehmungsrichter im Polizeipräsidium vorgeführt, dem gleichfalls die Verdachtsmomente derartig belastend erschienen, daß er gegen Bierhuß Haftbefehl wegen des dringenden Verdachts des Mordes bzw. Totschlages erließ und seine Ueberführung in das Untersuchungsgefängnis Moabit veranlaßte. Der Verdacht gegen Bierhuß gründet sich hauptsächlich auf die Tatsache, daß er mit seiner Frau in Scheidung lebte und ein Scheidungstermin sich für ihn sehr ungünstig gestaltet hatte, da seine Frau Widerklage erhob. Hinzu kam, daß sich Bierhuß, dem man erst die Tat aus physischen Gründen nicht vertraute, sich gegenüber verschiedenen Personen durch Drohungen gegen seine Frau verdächtig gemacht hat. Ob Bierhuß tatsächlich als Mörder seiner Frau in Frage kommt oder ob es sich möglicherweise um einen Totschlag im Affekt im Verlauf eines Streites handelt, muß durch die weiteren Ermittlungen und durch die Voruntersuchung geklärt werden.

Ehemann gestern früh die Wohnung verlassen hatte, um sich an seine Arbeitsstelle zu begeben. Die Frau soll oft unter seelischen Drangsalen gelitten haben.

Der Tote am Fallschirm.

Der verschollene Ozeanflieger Parker Cramer?

Der schottische Fischdampfer „Kodama“ hat, wie er durch Radio mitteilt, im Fahrwasser zwischen Nordholland und den Hebriden die Leiche eines unbekanntem Fliegers an einem Fallschirm hängend im Wasser treibend aufgefunden. Dem Toten war der Kopf abgerissen, als ob er beim Abprung aus seinem abstürzenden Flugzeug in den Propeller geraten wäre. Irgendwelche Papiere trug der tote Flieger nicht bei sich, so daß es bisher noch nicht möglich war, ihn zu identifizieren, zumal von dem Flugzeug weit und breit nicht das geringste zu sehen war. Das einzige Merkmal, das man zunächst entdecken konnte, ist, daß er keine Unterleibung offenbar in einem Geschäft in Portsmouth gefaßt hat.

Obwohl die Fundstelle eigentlich viel zu weit im Norden liegt, rechnet man damit, daß es sich vielleicht um einen jungen englischen Flieger J. G. Jewell handeln könnte, der vor einem Jahre von Bristol aus nach Hampshire fliegen wollte. Jewell langte damals nicht an seinem Ziel an, und von seinem Flugzeug konnte bisher nicht die geringste Spur entdeckt werden. Etwas mehr an Wahrscheinlichkeit hat die Vermutung, daß der unbekanntem Flieger mit dem Amerikaner Parker Cramer identisch ist. Cramer war im Frühjahr auf den Shetlandsinseln zu einem Fluge nach Kopenhagen aufgestiegen, ist jedoch dort nicht angekommen und gilt seitdem als verschollen.

SA-Banden in Neu-Tempelhof.

Ungenügender polizeilicher Schutz für die Bevölkerung.

Die Siedlung Neu-Tempelhof wird in letzter Zeit ständig von größeren Banden uniformierter Halenkreuzler beunruhigt. Wiederholt werden in später Nachtstunden größere Trupps Hitlergardisten beobachtet, die systematisch die einzelnen Straßen in dieser Gegend durchstreifen. Zur Zeit des Wahlsamples hatten es die Burschen auf Flaggen abgesehen, die aus den Fenstern der Siedlungshäuser hingen. Republikaner wurden mehrfach bedroht, aber bisher blieb es meist bei diesen Drohungen.

Neuerdings gehen die SA-Trupps jedoch zum Angriff über. Das Haus eines Berliner Stadtarztes in Neu-Tempelhof war in dieser Woche bereits zweimal das Ziel eines SA-Trupps. Am vergangenen Montag erschienen vor dem Hause einmal gegen 20 Uhr und dann nochmals gegen 2 Uhr nachts etwa 100 uniformierte Nazis und stießen blutrünstige Drohungen aus. An die Tür malten sie mit roter Farbe: „Rot-Mord“. In der Nacht zum Mittwoch fanden sich abermals etwa 50 bis 60 SA-Leute vor dem Grundstück ein und versuchten die Tür einzuschlagen. Die ganze Straße geriet in Aufruhr und von einem Bewohner mußte schließlich das Ueberfallkommando alarmiert werden. Die Polizeibeamten trieben die Burschen auseinander und nahmen sechs Hauptkrawaller fest.

Mit weiteren Terrorakten der Nazis ist zu rechnen, wenn sich die Polizei nicht zu einer besseren Ueberwachung dieses Wohnviertels entschließt.

Der bekannte Gerichtsarzt Sanitätsrat Dr. Leppmann wird am heutigen Donnerstag 60 Jahre alt. Dr. Leppmann genießt als Sachverständiger bei den Gerichten hohe Wertschätzung und hat in seiner amtlichen Eigenschaft in einer großen Zahl von Sensationsprozessen mitgewirkt.

Für die Große Deutsche Funkausstellung Berlin 1932 ist soeben das Ausstellerverzeichnis erschienen. Anfragen aus allen europäischen und außereuropäischen Staaten lassen auf einen außerordentlich starken Auslandsbesuch schließen. In Deutschland sind bisher 47 Sonderzüge für Gesellschaftsfahrten angekündigt.

Mietsgeldräuber.

3000 Mark erbeutet. — Täter geflüchtet.

Ein verwegener Raubüberfall spielte sich in der Nähe des Schleißchen Loos im Hause Euvoystr. 23 ab. Dort drangen zwei Räuber, von denen der eine eine schwarze Maske trug, mit Pistolen bewaffnet in die Wohnung des Portiers Schneider ein und raubten aus einem Safe 3000 Mark Mietsgelder. Der Ueberfall geschah ganz plötzlich, und es dauerte kaum fünf Minuten, bis die Täter mit ihrer Beute das Haus verließen.

Die Berliner Handelsgesellschaft Real & Co. aus der Joachimsthaler Straße verwaltet in Berlin eine Anzahl Häuser und zog auch dort die Mieten ein. Gestern nachmittag wurde die 24 Jahre alte Kontoristin Hildegard Fund ausgesperrt, um die Mieten zu holen. In der Wohnung des Portiers befand sich außer der Kontoristin die Portiersfrau und eine im Hause wohnende Untermieterin. Plötzlich wurde die Tür aufgerissen, und herein traten zwei Männer, der eine hatte eine schwarze Maske vor dem Gesicht und hielt in der erhobenen Hand eine Pistole. Der zweite Mann richtete jetzt an die Anwesenden die barsche Aufforderung: „Verhalten Sie sich ganz ruhig, und treten Sie sofort in die Ecke!“ Die Frauen kamen in ihrem Schrecken der Aufforderung nach. Während sie der Mann mit der Maske in Schach hielt, griff der andere nach dem auf dem Tisch liegenden Handkoffer und entnahm ihm den Inhalt von 3000 Mark. Der ganze Vorgang dauerte kaum drei bis fünf Minuten. Darauf traten beide Männer zurück. Als sie an der Tür standen, sagte der eine: „Ich ermahne euch zur Ruhe“, dann verschwand er mit seinem Komplizen. Man benachrichtigte sofort das Berliner Raubdezernat, das die Ermittlungen nach den Tätern unverzüglich aufnahm. Von der Firma Real & Co. ist eine Belohnung von 300 Mark ausgesetzt worden.

Uberschwemmungen in Berlin D.

Ueber Lichtenberg, Friedrichsfelde und Weißensee ging gestern am frühen Nachmittag ein schwerer Wellenschlag nieder, durch den größere Uberschwemmungen verursacht wurden. An einzelnen Stellen überfluteten die Wassermassen, die in den Gullas nicht genügend Abfluß fanden, die Bürgersteige und drangen in die Keller ein. In der kurzen Zeit von 13 bis 13.50 Uhr wurde die Feuerwehr nicht weniger als 54 mal alarmiert, um in besonders gefährlichen Situationen Hilfe zu leisten. Wegen der hohen Zahl der gleichzeitigen Hilferufe mußte bei der Feuerwehr der Ausnahmezustand verhängt werden, der erst nach 15 Uhr wieder aufgehoben werden konnte. Der weitaus größte Teil des Großberliner Stadtgebietes blieb von diesem lokal begrenzten Unwetter völlig verschont.

Heble Manöver mit Arbeitslosen.

Ein gewisser Paul Schwengler, der sich Vorsitzender des Reichsbundes der Arbeitslosen zu Berlin nennt, wendet sich mit einem Flugzettel, der in die Briefkästen gesteckt wird, an die Berliner Arbeitslosen. Er verspricht, ihnen in einiger Zeit gegen Barzahlung von 7 M. eine Schrift zuzustellen, in der das Arbeitslosenproblem gelöst wird. Der Handzettel, mit dem er seine Schrift anpreist, kostet 10 Pfennig. Wie wir erfahren, sind vor allem Frauen auf die Sache hereingefallen und haben den wertlosen Zettel für 10 Pf. gekauft. Jeder Groschen für ein wertloses Stück Papier ist meggeworfenes Geld. Ein Mann, der sich in ein Ge-

heimnis hüllt, trügerische Hoffnungen erweckt und dadurch den Ärmsten ein paar Pfennige abnimmt, ist für die Arbeitslosen bestimmt ein schlechter Berater. Es wird davor gewarnt, ihm Arbeitslosengroschen zuzuleiten.

Schreckenstat einer Mutter.

Mit ihren Zwillingkindern durch Gas vergiftet.

Eine furchtbare Familientragödie wurde in der Bürgerstraße 16 in Reinickendorf-Ost entdeckt. Bewohner des Hauses bemerkten plötzlich durchdringenden Gasgeruch, der aus der Wohnung einer Familie Behlow kam. Da auf mehrfaches Klopfen nicht geöffnet wurde, alarmierte man die Feuerwehr, die gewaltsam in die Wohnung eindrang. Man fand die 32 Jahre alte Frau Behlow mit ihren Zwillingkindern von 2½ Jahren, Ursula und Gertrud, tot auf. Die Tür zu dem Zimmer war von innen verschlossen. Frau B. hatte die Lampe aus der Zimmerdecke herausgeschraubt und auch den Abdichtungsforken entfernt, so daß das Gas ausströmen konnte. Dann hatte sie mit ihren Kindern den Tod erwartet. Das muß geschehen sein, nachdem ihr

Zigeuner suchen Arbeit.

Umstellung vom Pferd zum Auto. — Rigo macht Musik.

Am 31. Juli sind auch wieder die dunkelhäutigen Bewohner unserer vorstädtischen Wagenburgen an die Wahlurne getreten, nachdem sie ihren Stimmzettel — wer mag wissen, bei welcher Liste? — angekreuzt hatten. Das haben sie bereits bei den preussischen Landtagswahlen so gemacht, denn diese Zigeuner sind Preußen. Die nüchternen Wahlstuben werden allemal zur pittoresken Szenerie, wenn der Herr Friedrich oder der Herr Braun oder der Herr Amsel, jeder mit seiner Spitze, bunt und geschminkt, das Zimmer füllt. Es mag eine optische Täuschung sein, aber auf der braunen Haut eines Zigeunerhalses sehen weiße Kragen doppelt weiß aus. Bevor dann alle das Wahllokal verlassen, geht die alte Frau F., die Großmutter aller Zigeuner, an die Theke, erlischt eine Zigarre, schneidet sie ab, steckt sie an und mit Dampf geht es zurück in die Wagenburg. Die Zigeuner-Preußen haben ihrer Wahlpflicht genügt.

Aber es geht ihnen schlecht. Bei den langen Schlangen, die vor den Arbeitsämtern stehen, sind die Zigeuner mit dabei. Holen sich ihre Stempel und das Geld wie jeder andere auch. Man muß auch nicht denken, daß die Berliner Zigeuner noch ihre eigene Sprache reden, längst reden sie auch untereinander deutsch, und der alte Großvater, dem drei kleine schmutzige Zigeunerrangen aus dem Kral auf den Rücken sind — sie sind so schmutzig wie ihre Eltern aufgedonnert —, ruft den Dreien nach: „Ich werde euch helfen!“ Denn auch die Zigeuner haben begriffen, daß die Vandesprache eine brauchbare Waffe im Kampf ums Dasein sein kann.

Mit dem Lesen und Schreiben hapert es allerdings ein wenig. Man merkt das an folgendem: der Pferdehandel geht nicht mehr recht. Wer auch nur in die Nähe eines Pferdemarktes

kommt und ein Pferd ganz sachte von der Seite anblickt, hat sofort fünf Händler um sich herum, die einem zum Schluß das Pferd für 100 Mark verkaufen wollen. Pferde sind heute billig. Wo denken die jüngeren Zigeuner: in Autos ist mehr zu machen. Nicht gerade als Autohändler, aber als Chauffeur oder irgend etwas. Sie kommen zur Fahrschule, um einen Kursus für den Führerschein in mitzumachen, sollen den Antragsschein unterschreiben, aber so groß ihr Redeschwall, so wenig können sie schreiben, und so guter Vekt stehen drei kleine Kreuze da. Sie haben dann während des Kursus, in dem sie in die Geheimnisse der Autolenker einzubringen versuchen, ebensoviel damit zu tun, ihren Namen schreiben zu lernen, denn das Kraftwerkzeug beginnt sich bei der Ausstellung des Führerscheins nicht mit drei Kreuzen.

Die nicht Händler sind, sind Artisten oder Musikanten. Ganze Wagenburgen beherbergen nur Artisten. Aber wenn von 48 Zirkusunternehmen in Deutschland 40 bereits pleite gemacht haben, spüren das auch die Zigeuner. Von Zeit zu Zeit rückt die Wagenburg etwas enger zusammen, weil wieder eine Familie in ihrem Wohnwagen angekommen ist. Die Musikanten schlagen sich so einigermaßen durch. Sonnabends und Sonntags spielen sie in den Vorstadtvierteln und die Wirte hängen dazu ein großes Plakat ins Schaufenster: „Hier spielt Rigo, der Zigeunerprimas!“ Doch der Rigo heißt in Wirklichkeit Erwin. Aber spielen können die Jungen, das muß man ihnen lassen. Und wenn Hein und Teije, an den Landungsbrücken von St. Pauli stehend, eben beschließen, ihre Mark in einen Groschen für Brot und neun Groschen für Rum aufzuteilen, dann teilen alle Rigos ihre Schillinge in einen Groschen für Brot und neun für Tabak.



Ausflugsfahrten in die Mark

am Sonntag, dem 7. August

- Nach d. Spreewald (Lübbenau) 9.— Hin- und Rückfahrt RM.
- Nach Rheinsberg 8.50 Hin- und Rückfahrt RM.
- Nach Altenhof (Werbellinsee) 6.50 Hin- und Rückfahrt RM.
- Vom Leipziger Platz (Palast-Hotel) Abfahrt 8 Uhr

- Nach Bad Freienwalde 6.— Abfahrt 11 Uhr, Hin- u. Rückfahrt RM.
- Nach Tiefensee (Gamengrund) 5.— Abfahrt 11 Uhr, Hin- u. Rückfahrt RM.
- Nach dem Liepnitzsee 4.— Abfahrt 13 Uhr, Hin- u. Rückfahrt RM.
- Nach dem Samitzsee 4.— Abfahrt 13 Uhr, Hin- u. Rückfahrt RM.

Auskunft und Karten-Vorverkauf ohne Aufschlag durch die BVG-Verkehrsabteilung, Berlin W 9, Köthener Straße 17, Zimmer 51, Fernruf B 2, Lützow 9014-19, Apparat 117, werktags von 8—16 Uhr, Sonnabends von 8—13 Uhr und nachdem Auskunft BVG, Leipziger Platz, Fernruf A 2, Flora 0038. Verlangen Sie Kostenlos Prospekt und August-Programm.

„Es ist alles so schwer!“

Zwei junge Menschen, Mann und Frau, haben den Gasthof gewählt. Kästlich erscheint ihre Verzweiflung. Der Mann hatte Arbeit, sie lebten in geordneten Verhältnissen und waren gesund. Am Wahlsonntag, nachdem sie gewählt hatten, dreht sie den Gashahn auf.

In der Mietkammer im Osten Berlins, wo das Ehepaar im vierten Stock zwei Stuben und Küche innehatte, herrscht Kälte unter den Hausbewohnern. Es fehlt der Kernpunkt des traurigen Geschehens, das Angriffsobjekt, dem man die Schuld aufladen könnte, dem man Rache und Vergeltung schwört. Hier aber ist nichts, nichts als die Tat. . . . So misst sich dem Gedanken an die Toten auch nicht jenes, wenn auch noch so oberflächliche Mitleid bei, das der vom harten Schicksal besetzten Kreatur gilt; es fehlt in den Worten der Leute jenes verängstigte Zittern, das so sagen scheint: „Heute die, morgen du!“ Sogar ein leiser Vorwurf klingt aus den Worten der Flurnachbarin, die da meint: „Gott, wenn's Ihnen noch schlecht gegangen wäre; aber es war ja alles da und auf dem Tisch hatten sie das Geld für die Beerdigung zurecht gelegt, ein paar hundert Mark!“ Wer in letzter Stunde so ordentlich sein Haus bestellte, warum geht der eigentlich davon? Wer satt ist, den kann's doch nicht noch einem besseren Jenseits hungern? Das ist die Meinung der Nachbarn und auch all der anderen, die in kleinen, schlechten Wohnungen in dichtbevölkerten Proletariatsvierteln hausen, die ihre drückende Sorgenlast ums tägliche Brot Monate, Jahre, ein Leben lang mit sich schleppen. Wenn einer aus ihren Reihen fällt, weil ihn Not und Sorge nach dem Gashahn weisen, das können sie verstehen, das können sie bedauern. Aber wer, der satt zu essen hat? Bloß die alte Frau, die da eben mit ihrem kleinen Enkelkind die Treppe hoch kommt, die sieht ein wenig schäfer: „Ja, ja“, meint sie, „die Jungen von heute, die haben's gar nicht mehr schön auf der Welt. Da ist bloß Verbitterung und Haß unter den Menschen, und so wenig Schönes für jetzt und später, daß ich mir oft denke: Bin ich froh, daß ich's bald überstanden habe. Aber was sollen die Jungen, die noch ein ganzes Leben vor sich haben? In letzter Zeit habe ich die junge Frau oft beobachtet, was sie für harte, bittere Züge mit ihren 22 Jahren hat. Und wenn wir zusammen sprachen und ich meinte: Na, Frau Merkel, warum denn so ernst, ist denn bei Ihnen irgendwas nicht im Lot? Da antwortete sie: Es ist alles so schwer für einen, der Befinnung und Charakter hat. Dann schob sie schnell ab.“ Das, was man nicht sagen kann, drückt oft stärker als das andere, weiß's noch innen geht und wächst und bohrt!

Kopfschüttelnd sehen die anderen Frauen der Alten nach, die jetzt weitergeht. „Ja, ja, wer keine Sorgen hat, macht sich eben weiche“ meint die Frau von gegenüber, dann sieht sie nach ihrem Mittag, und der Dampf, der aus dem brodelnden Kochtopf steigt, hüllt ihren Kopf samt allen darin wohnenden Gedanken ein. Unter spielen die Kinder mit großem Jubelgeschrei Räuber, bald wird der Namenszettel der Toten auf der Wandtafel im Hauseingang dem des neuen Mieters Platz machen, und keiner denkt dann mehr an die beiden, die sich angeekelt, angewidert, heimlich wie die Diebe aus dem Leben schlichen. . . .

Ein Frauenschicksal gerächt.

Die Gespenster der Vergangenheit wird man nicht leicht los.

Dieses Frauenschicksal ist schnell erzählt. Man lernte es in einer Sitzung des Schöffengerichts Berlin-Mitte kennen.

Der Vater ist im Gefängnis gestorben, die Mutter befindet sich in einer Irrenanstalt. Schon als Schulmädchen befaßt die Angeklagte ihre Mitschülerinnen. Strafen nützen nichts. Sie konnte nicht anders, sie mußte stehlen. Vielleicht hätte sie das vom Vater. Die häuslichen Verhältnisse trieben sie davon. Sie schloß sich einer Artistentruppe an. Achtzehnjährig bekam sie das erste Kind. Später lebte sie von der Straße. Ihr Beruf brachte ihr die übliche Infektion. Von der Krankheit hatte sie sich niemals recht erholt. Dann folgten Strafen wegen Diebstahls, in kurzer Reihenfolge sieben hintereinander; sie zog das Gefängnis der Straße vor. Vor acht Jahren lernte sie einen Mann kennen, der sie trotz des Vorlebens und der Verurteilungen zu seiner Frau machte. Nun wurde sie gut bürgerlich. Die Vergangenheit schien vergessen. Die erbliche Befallung war aber unausrottable. Noch immer ließ sie sich leicht zu Handlungen hinreißen, die sie später bereute. Vor wenigen Monaten kam es zwischen Mann und Frau zu einer ersten Differenz.

176045 neue Wohnungen.

Was das neue Berlin geleistet hat.

Der katastrophale Niedergang der Berliner Bauwirtschaft im Jahre 1932 zeigt sich ganz besonders im Rückgang der Wohnungsbauten. Schon jetzt ist die Zahl der bezugsfähig fertiggestellten und die Zahl der begonnenen Wohnungen um je etwa 66 Proz. zurückgegangen, und in anderen Großstädten liegt es zum Teil noch ärger. Gleichwohl kann die Einheitsgemeinde Berlin auf elf gute Jahre der Entwicklung zurückblicken, denn von 1921 bis 1931 sind in Berlin 176 045 Wohnungen hinzugekommen, was bei einer mittleren Bevölkerungszahl von 4.111 Mill. im Durchschnitt 42,8 für das Tausend ausmacht.

Zieht man zum Vergleich die Verhältnisse in 13 weiteren deutschen Großstädten über 200 000 Einwohner heran, so ergibt sich, daß Berlin an achter Stelle steht, während Bremen, Hamburg und Köln die Spitze halten, und Magdeburg, Chemnitz und Kiel den Schluß machen. Bezeichnend für die ungeheure Leistung Berlins ist die Tatsache, daß die Zahl der neugebauten Wohnungen noch nicht um 2000 hinter der Gesamtwohnungszahl der großen Stadt München (730 000 Einwohner) zurückbleibt, wie sie bei der Wohnungszählung im Jahre 1927 ermittelt wurde. Ganz besonders stark war die Berliner Bauleistung in den beiden letzten Jahren, und das Jahr 1930 stellt überhaupt eine Höchstleistung dar. In diesen beiden Jahren hat Berlin zugleich mit Bremen unter

allen deutschen Städten den größten Wohnungsreingewinn zu verzeichnen, nämlich 17,4 pro Tausend der Bevölkerung, während der Durchschnitt nur 12,4 pro Tausend beträgt. In den beiden letzten Jahren gewann Berlin allein 75 266 Wohnungen; alle übrigen deutschen Städte über 100 000 Einwohner brachten es zusammen auf 167 347. Daß diese im Interesse der breiten Schichten der Bevölkerung höchst erfreuliche Wohnungsbautätigkeit zum großen Teil gegen den Widerstand der rechtsgerichteten Parteien durchgesetzt werden mußte, ist wohl allgemein bekannt. Besonderen Wert hat man in Berlin mit Recht darauf gelegt, den Bedarf an Kleinwohnungen zu decken, und der Anteil der Kleinwohnungen am Wohnungsreingewinn ist ununterbrochen stark gestiegen.

So mancher Bewohner eines modernen Wohnhausblocks, der heute die hohe Miete nicht mehr aufzubringen vermag, wird diese unerhörte Leistung des neuen Berlin mit etwas weniger Begeisterung ansehen. Ihm sei in Erinnerung gerufen, daß die Sozialdemokratie stets für die Senkung der Mieten eingetreten ist. Die Verschärfung der Wirtschaftskrise ließ die Mieten noch drückender werden, als sie es schon früher waren. Welchen Grad hätte aber die Arbeitslosigkeit schon in früheren Jahren angenommen, wenn nicht sozialdemokratische Initiative die Bautätigkeit immer wieder angekurbt hätte?

Sie glaubte Grund zu Eifersucht zu haben und machte dem Mann Vorhaltungen. Der hielt ihr ihr Strafregister vor. Das hatte sie von ihm nicht erwartet. War denn das Alle nicht ein für allemal vergessen? „Ich bleibe keinen Augenblick mehr bei dir. Ich gehe fort!“ „Geh wohin du willst!“ Und sie ging wieder auf die Straße. Die Vergangenheit, die der Mann aufgerührt hatte, wurde plötzlich wieder wach. Sie traf einen Bekannten, ging mit ihm in einen Hausflur und entwendete ihm aus dem Portemonnaie 100 Mark. Der Mann merkte den Verlust des Geldes und ließ sie festnehmen. Vom Polizeirevier wurde sie vom Mann abgeholt. Jetzt haben sie sich wieder versöhnt. Während sie auf der Anklagebank saß, wartete er im Zuhörerraum voller Spannung auf das Urteil. Es war milde. Die drei Monate Gefängnis wird die Angeklagte nicht zu verbüßen brauchen. Trotz der vielen Vorstrafen hat das Gericht gegen Zahlung einer Buße von 200 Mark in Monatsraten von 20 Mark ihr Bewährungsfrist zugebilligt.

Sorgen um die Sauerkirchenernte.

Verheerende Wirkungen des Faulpilzes.

Die diesjährige Ernte von Sauerkirchen ist in der Mark Brandenburg und vor allem in der Umgebung Berlins bedroht, es hat sich nämlich in den letzten Tagen in den meisten Sauerkirchplantagen eine verheerende Ausbreitung des fuscladium cerasi, des Faulpilzes der Sauerkirche, infolge der in der letzten Zeit erfolgten Niederschläge bemerkbar gemacht.

Es handelt sich dabei um eine Fruchtkrankheit, die in Fachkreisen bereits seit mehreren Jahren bekannt ist, jedoch noch nie einen derartigen Umfang angenommen hat, wie dieses Jahr. Die Krankheit, die im übrigen die Früchte nicht vergiftet, sondern sie lediglich zur schnellen Fäulnis bringt, ist neben den häufigen Niederschlägen auf eine zu geringe Durchlüftung der Kirchbäume zurückzuführen. Der Faulpilz hat nämlich fast ausschließlich eine Kirchsorte, die Schattenmorselle, befallen, die allgemein als Buschobst kultiviert wird. Die Früchte werden vor allem nahe über dem Boden und dort befallen, wo das Laub zu dicht ist und daher die Bäume nicht genügend vom Wind durchweht werden können. Die Krankheit äußert sich in einer Schrumpfung der Kirchfrucht bei Beginn der Reife. Der bisher durch den Faulpilz angerichtete Schaden beträgt nach der Schätzung der Landwirtschaftskammer für Berlin und die Provinz Brandenburg mindestens 50 bis 75 Proz. der gesamten Sauerkirchenernte, was einen ungeheuren Verlust bedeutet. Eine Bekämpfung der Krankheit ist augenblicklich ausgeschlossen, da man den Faulpilz nur durch Spritzen mit Schwefel- oder Kupferlösungen kurz vor der Blüte und während der Fruchtentwicklung bekämpfen kann. Die einzige Möglichkeit besteht jetzt noch in einer gründlichen Auslichtung der Zweige, aber

auch das dürfte an dem Gesamtergebnis kaum noch viel ändern. Der Genuss der vom Faulpilz befallenen Kirchen bedeutet noch Anfecht der Facheute keine Gefahr, jedoch tritt beim Einmachen nach kurzer Zeit die völlige Fäulnis und damit Ungenießbarkeit ein.

Der Verbraucherschaft ist der Mangel bisher noch nicht irgendwie aufgefallen oder unangenehm zum Bewußtsein gekommen. Die übrigen Obstsorten sind vorläufig durch diese Fruchtkrankheit, die dem Baumbestand keinen Schaden zufügt, nicht betroffen oder gefährdet.

Überlastung der Wohlfahrtsämter.

Die vielen Anträge auf Mietbeihilfe konnten in den Wohlfahrtsämtern nicht rechtzeitig im Laufe des Juli bewilligt werden. Der Oberbürgermeister hat deshalb beantragt, den Hauseigentümern, denen bisher Stundungen zugunsten hilfsbedürftiger Mieter gewährt wurden, auch für den Monat August noch einen entsprechenden Betrag — ohne Ziel auf Niederschlagung — zu stunden bis zur Entscheidung der Fürsorgebehörde. Die Entscheidung über diesen Antrag steht noch aus. Die Bezirkswohlfahrts- und Jugendämter können wegen der augenblicklichen Arbeitsüberlastung Auskünfte über die Erledigung der Anträge auf Mietbeihilfe nicht erteilen. Die Antragsteller werden daher gebeten, abzuwarten, bis ihnen die Entscheidung mitgeteilt wird.

Lepra-Märchen.

Seit einiger Zeit werden in Berlin Gerüchte verbreitet, es seien Kinder nach dem Genuss von Bananen an Lepra erkrankt; ja einige Kinder sollen sogar schon mit Flugzeug auf eine einsame Insel abtransportiert worden sein. Wemgleich diese Nachrichten den Stempel der Unrichtigkeit an sich tragen und wenigstens Sachverständige sich bereits in der Tagespresse über die Unsinngigkeit der Mitteilungen ausgesprochen haben, hat das Hauptgesundheitsamt gleichwohl Nachforschungen über die angeblichen Erkrankungen angestellt und nicht den geringsten Anhaltspunkt für die Gerüchte gefunden. Es ist seit vielen Jahren kein einziger Leprafall in Berlin vorgekommen. Die vielfach verbreitete Beunruhigung der Bevölkerung ist völlig unberechtigt.

An die schönsten Punkte der Mark, an Seen und in die Wälder bringen Sie die bequemen B.G.G.-Ausflugswagen. Kostenlos Prospekt mit Preisen und das ausführliche August-Programm vom B.G.G.-Verkehrsabteilung, Fernruf Dönhof 2 9014-19, Apparat 117. (Siehe Informativteil der heutigen Ausgabe.)

Genosse Paul Judson sagt allen herzlichsten Dank, die aus Anlaß seiner Silberhochzeit seiner gedacht haben.



73
Oskar Wöhrl
Der letzte Tag
Noch vor der Reichenau haben ihn die nachsehenden Stadtwächter gefangen. Die Jagd hatte ihnen Mut gemacht, und so ließen sie ihn denn in voller Rüstung in den See plumpfen. Da liegt er nun und hat seine Eisenhände in die schwarzgeschieferten Burzen des Tanges verkrallt. Nie mehr wird er mit seinen Stehlfingern die Ruhe der Stadt Konstanz stören.

Ganz Konstanz schläft; es schlafen sogar die Böhmen, trotzdem bis vor einer Stunde in der steinernen Arche noch großer Lärm und Aufruhr war. Da schilderte Herr Ritzka mit der gespaltene Wange den Freigelassenen Hussens Ende mit solcher Eindringlichkeit, daß es allen das Wasser in die Augen trieb vor ohnmächtiger Wut. Doch es war nicht das Fehlschlagen ihrer Planung und des Magisters Tod allein, was sie bekümmerte. Zu den alten Sorgen traten neue hinzu. Ritzka und Luzia waren verwundet, auch von Petr Chelichy so gut wie keine Spur. Zwar brachte einer der mährischen Herren das Gerücht mit, Petr sei in der Nacht von Stadtsoldaten weggeführt worden. Doch Genaueres läßt sich erst morgen feststellen oder gar erst Montag, wenn die Bogte offen war. Als einzig Sicheres wußte man in der steinernen Arche, daß Herr Replas Karel als Ertrunkener in der Frachtschiff kam lag. Und auch dies würde von den böhmischen Herren niemand erfahren haben, wenn nicht der Totenfischer Blenk gekommen wäre, um sich das Anfundgeld zu holen. Doch wie und warum der blonde liebe Junge in den Rhein geraten war, wer vermochte das zu erklären?

Das konnte nicht einmal Frau Barbara, des Königs Gemahlin, die schon am Vormittag das Ende des Knappen erfahren hatte. Sie, die solchen Verlangen nach dem Lebenden gehabt hatte, daß sie in der verflochtenen Nacht kein Auge zu brachte, sie zog es vor, einem Wiedersehen mit dem Toten aus dem Wege zu gehen. Vielleicht, daß sie sich zu sehr vor

dem strengen Strich seiner Augenbrauen fürchtete. Wie alle Menschen, die sich vor Bier nach dem Leben verkehren, hatte sie eine unbändige Angst vor dem Tod. Es ist gut möglich, daß die hohe Dame den Zusammenhang zwischen ihrem Abenteuer und der Tragödie des Knaben ahnte. Wenigstens deutet der Umstand darauf hin, daß sie beim Hofkaplan gleich vier Dugend Messen für die Seelenruhe des Ertrunkenen bestellte. Die Stiftung dieser achtundvierzig Totenmessen geschah gleichzeitig auch Ruhe in die eigene Seele. Wenigstens schläft die Königin diese Nacht wie eine müdgelaufene Wölfin. Kein Jäger ist da, sie mit zornigem Anruf zu weden.

Es schlafen die Gefangenen im Turm; kaum kirtt einer im Schlaf mit der eisernen Kette. Sogar Jeronym ist auf eine Stunde den Schmerzen entsprungen.

Unten, im verlorenen Winkel, auf einem Bund Stroh, schläft Petr Chelichy. Wohl befebt noch geronnenes Blut seine Glieder und eingedorrter Schaum seinen Mund, wohl hat er nach bestandener Folter in der ersten Durstqual sechs Kannen Wasser gelassen. Doch es kam der Schlaf und nahm hinweg die zerplitterten Daumen und das daranhängende Gewicht der Welt. Im Fieber treibt Petr schnalzend herrn Zitzas Pferde an! „Fort, schwarzer Ritter; Fort, damit du entronnen bist, eh eine neue Folter vielleicht doch die gebundene Junge löst!“

Es schläft in seinem Stuhl am Beranienfenster der Domdekan Albrecht von Büttelsbach. Wie im Gespräch bewegt er die Lippen. Nicht in seiner Traumsänfte schwebt er heut im Nachtblau der Unendlichkeit, nein, mit beiden Füßen — die, jetzt im Schlaf, nicht gelähmt sind — steht er fest auf der Erde und gibt der aufgereht im Zimmer hin- und herlaufenden Eminenz Bescheid. Sein Traumbesucher, der Kardinal, hat ihm eben auseinandergesetzt, die Kirche sei die einzige sittliche Pflanz der denkenden Menschen. „Eminenz!“ widerspricht eifrig der gelähmte Dekan: „Der Schluß mag stimmen, doch die Prämissen stimmen nicht! Denkende Wesen sollen wir sein?! Ist ja alles nicht wahr, Eminenz! Undenkende Wesen sind wir. Keine Erzeuger von Ideen, nein, bestenfalls Hausnechte oder gar Büttel von Ideen, einzig darauf gedrillt, unbedeuten Gegenstände hinauszuschmeißen. Sämtlich, Eminenz, wir stehen geistig in aufgerollten Hemdbärmeln da, jederzeit bereit, dem heute das Gesehene als Argument gegen das Morgen ins Gesicht zu schlagen, jederzeit bereit, das Vernünftige

tigere mit dem Messer der Unermunszt zu meucheln und zu morden!“

Es schlafen tief die zwanzig Ritter des deutschen Ordens, es schläft ihr Komtur, Herr Friedrich von Blam. Sein scharfes Gesicht, in der Ruhe dem Kopf eines Raubvogels gleichend, ist auch im Schlaf nicht entspannt. Es trägt noch härtere Linien als unter Tags. Die hohe Stirn ist wie aus Marmor gemeißelt. Warmorn sind auch die Gedanken, die darunter sich in ordnende Reihe zwingen. „Ihr habt einen Triumphtag gehabt!“ wird er morgen zu seiner Gefolgschaft sagen. „Ihr habt einen Feind des rechten Glaubens, einen Gegner der Kirche, sterben sehen! Den Angehörigen eines Volkes, das wir für gewöhnlich nur mit Mißachtung und Geringschätzung nennen. Aber ihr seid des Kampfs im Münster selber Zeuge gewesen: der böhmische Magister hat sich als der bessere Mann geschlagen. Und das trotz seiner unausbleiblichen Niederlage! Nicht eine Linie ist er zurückgewichen, trotzdem alle und aber alle wider ihn standen. Nicht ein Gran des Seinen hat er aufgegeben! Wegen ihn, das Stauborn, rannte an die ganze Welt. Er ist gestorben ritterhaft. Gewiß, er schrie im letzten Augenblick. Aber wer schreit nicht, wenn ihm der Tod den Blutadler rißt?! Ich wollte, von uns würden manche diesen Todeschrei schreien. Dann wäre es besser um den Orden und um seine Arbeit gestellt. Dann könnte er, wie früher in seinen heldischen Zeiten, sich ganz auf die Macht seines scharfen Senses verlassen, dann brauchte er nicht zum biegligen Gold und dessen Winkelzügen zu greifen. Vergeht nicht, eine Idee bleibt nur so lange lebendig, als sie imstande ist, Blutzugungen zu stellen, Märtyrer, die sich eher in Stücke hauen lassen oder vom brennenden Feuer fressen, als daß sie sich und ihre Meinung verhandeln und verschandeln in faulen, jauchzenden Kompromissen. Wenn dieser Mensch kein Böhme wäre, kein Verwandter dieser verdammten polnischen Hunde, verzeih mir's Gott, ich würd' ihm einen Denksteil legen! Hätten wir Deutschordener seiner, wären unter euch solche, die es unternähmen, ihr Leben der Idee, die uns führt, gleichzusetzen, wir wären unbeflegbar, wir könnten unsere Kreuzstandarte als flatterndes Siegeszeichen in die vier Ecken der Welt stecken. Doch statt voranzugehen den steilen Berg der Entfaltung, statt den Schweinehund in euch an die Kette zu legen, statt dessen, nicht, laßt eure Lanzen und euren Ritterstolz im Quartier und schleicht euch als Luderzeug in die Lusthäuser ein! Ihr solltet euch schämen!“ (Fortf. folgt.)

Der Flüchtling

Novelle um einen Kater von Henri Barbusse

Von der Schwelle des großen Eingangstores aus betrachtete die Pförtnerin des städtischen Tierarzts die Sonne, die die Lisenstraße mit einem goldenen Gemüll überstäubte. Ihr Gesicht war farblos, trocken und ohne Belang wie ein amtliches Schriftstück. Taub für die Schreie der Hunde, die an jenem Morgen im Laboratorium Tiercelesin, das zur Medizinischen Fakultät gehörte, aber an das Tierarztl angrenzten, verwendet wurden, trat sie in ihre Loge zurück, um den Kater Ronron zu fresseln.

Als Charles Grandu bei einem Eisenbahnunglück auf der Nordlinie ums Leben kam, hatte außergewöhnliche Protektion ihr, der Witwe, Titel und Amt eines Pförtners des hauptstädtlichen Tierarzts verliehen. Sie kam ihren durch die mannigfaltigen Verzweigungen der Verwaltung — das Etablissement war zugleich dem Bürgermeisterrat, der Präfektur und der Medizinischen Fakultät angegliedert — und durch den regen Verkehr sehr schwierigen Funktionen mit einem sagenhaften Eifer nach.

Zuerst, als sie sich nach der Hochzeitsreise mit ihrem Gatten in Tréport niederließ, hatten sie die enttäuschten Mienen der eingekerkerten Hunde gerührt. Sie hatte die Augen geschlossen, wenn die armen Kerle, steif und gleichsam wie ausgestopft, am Donnerstag aus dem Bogen hervorkamen oder auch voller Illusionen an der Leine, die ein Laboratoriumsdiener hielt, zerrten. Die Ohren hatte sie damals zugehalten, wenn das Laboratorium von dem wie Rindergeflüster klingenden Säulen und dem Gelächter der Studenten widerhallte.

Aber Grandu hatte ihr bewiesen, daß es notwendig wäre, die umherirrenden Tiere, die eine öffentliche Gefahr bedeuteten, einzufangen, und daß es im allgemeinen Interesse nicht weniger notwendig wäre, wenn die Ärzte diese Tiere öffneten, um hineinzu sehen.

Er hatte ihr erklärt — und er war ein so schöner Mann, daß sie es schließlich verstanden hatte —, daß jene Tiere durchaus keine gewöhnlichen Tiere wären, sondern auf einem Vergehen ertappte Verbrecher, die gegen das Gesetz verstoßen hatten, und im übrigen herrorlose Kötter. Und jetzt hatte sie das Mitleid mit diesen zum Tode verurteilten Tieren verlernt. Von ganzem Herzen liebte sie aber ihren Kater Ronron, den sie nicht oft genug streicheln konnte. Als sie wieder in ihre Loge getreten war, beugte sie sich über das blaue Daunentissen, auf dem er zu schlummern pflegte.

„Ah!“ Ihre Hände zuckten zurück.

In dem Daunentissennest lagen zwei Ronrons! Oder vielmehr, neben Ronron rollte sich noch ein anderer, gleichfalls ganz grauer Kater zusammen, der sein Schatten schien, so dicht schmiegte er sich an ihn.

„Oh“ murmelte die gute Dame mit starrem Blick und halb offenen, unbeweglichen Lippen, die ausluden wie die Öffnung einer Spardbüchse.

Reiß Gott, das war nicht schwer zu verstehen: dieses messerscharfe Rückgrat, dieses räudige Regergesicht, dieses schäbige Fell, das abgehauert war wie ein altes Handschuhleder, ließen einen Flüchtling aus den städtischen Käfigen erkennen.

Sie brummte etwas vor sich hin und machte einen Schritt nach der Ecke, wo der Besen stand.

Zust in diesem Augenblick erhob sich Ronson und machte einen riesigen Buckel, und der andere Kater tat dergleichen. Die beiden Schwänze fliegen herzergerade in die Luft, einer so wie der andere, und sie miauten zur selben Zeit mit demselben tiefen, übermenschlichen Laut.

Und da kam es, zum erstenmal in ihrem Leben, der Guten zum Bewußtsein, daß, allem Anschein zum Trotz, sämtliche Katzen der Erde sich außerordentlich ähnlich sind. Es gibt zwischen jenen, die immer verwöhnt werden, und jenen, die man zu töten beabsichtigt, keinen solchen Unterschied, wie man glaubt.

Da Ronron mochte reich und mit einem schönen Schweif geschmückt sein und mochte Kugelpfand wie Edelsteine haben, und der andere mochte — trotz seiner Jugend — ein zerzaustes und schadhafte Fell und einen linsenförmigen Schwanz haben —, man verstand dennoch, daß es keinen stichhaltigen Grund gab, den einen mit Liebkosungen zu überhäufen und den anderen zu martern. Ohne es recht zu wollen, stellte man sich alle Katzen als eine Art unbestimmter, aber umfassender, gemeinsamer Familie vor.

Frau Grandu verzog das Gesicht, noch nicht recht mit sich im klaren, was sie eigentlich anwanderte. Als sie aber durch das Fenster im Hofe den Laboratoriumsdiener Quillebeuf bemerkte, der mit heftigen Gebärden herbeilief, ergriff sie entschlossen den fantastischen Drücker und steckte ihn unter das Daunentissen. Dann kehrte sie sich der Tür zu — Heldin eines unklaren Instinkts.

Quillebeuf erschien in der Umrahmung. Er war rot und schwang eine Leine.

„Ist er hier?“ fragte er hastig.

„Wer?“ heuchelte die Pförtnerin.

„Das Kohentier!“ schrie der Mann. „Der Kater!“

„Welche Katzen?“, die Grandu rührte sich nicht.

„Das dreifache Vieh ist hierher gelaufen!“ rief Quillebeuf wütend hervor. „Ein grauer Kater. Sie haben ihn wohl gesehen, wie?“

Zuhergewöhnlich ruhig wickelte Frau Grandu, die gewissenhafte Beamtin, die nach niemals etwas in Sachen des Dienstes vernachlässigt hatte, nur ein wenig ihre Hände in die Schürze und antwortete:

„Kein.“ Und zur Bekräftigung schüttelte sie den Kopf und fügte hinzu: „Kein bißchen.“

Der Mann machte aus seiner Verwunderung keinen Hehl.

„Komisch, wo ist er denn?“ stotterte er. „Er ist mir unter den Händen entglitten, der Bandit. Zum Kukud! . . . Er ist doch hierher gelaufen. . . Ist ja gar nicht möglich, daß Sie ihn nicht hier gesehen haben! Blicke ich unter einem Möbel und macht sich über uns lustig. Will mal nachsehen, geflatten Sie?“

„Das Tier ist nicht hier, sage ich Ihnen!“ rief Frau Grandu. Ordentlich steif machte sie sich, um eine selbstverständliche, glaubhafte Miene zu bewahren. Sie erfüllte eine Heldentat, ihrer Schwierigkeit nach denen jener Frauen vergleichbar, die in grauen Zeiten Verdächtige verborgen und den Häschern mit der Maske vollkommener Ruhe entgingen.

„Wenn Sie wollen, treten Sie näher, bitte. . . Aber es ist nicht der Mühe wert.“

Von seiner Idee befehlen, trat der Mann ein, streckte den Hals, gab sich einen Ruck, zuckte die Achseln, als er Ronron zur Kugel geballt auf einem Stuhl entdeckte, schnüffelte rechts, schnüffelte links, kniff das Auge ein, musterte das Bett, das blaue Daunentissen, eine Sekunde, zwei Sekunden. . . Du lieber Gott, es rührte sich nicht!

Frau Grandu blieb unbeweglich mit ihrem runden Gesicht, das ebenso bleich und leblos war wie das Zifferblatt der Uhr.

Der Mann brummte irgend etwas, während er sich bückte, um

unter den Tisch zu gucken. In diesem Augenblick erkannte Frau Grandu plötzlich die Ungeheuerlichkeit dessen, was sie wagte! — und wäre beinahe ohnmächtig geworden. Aber sie raffte sich zusammen, nachdem sie ein bißchen gehüßelt und leicht geschmaut hatte.

Quillebeuf sagte: „Er ist nicht da.“ Er machte eine verzweifelnde Bewegung, schlug sich mit der Faust an den Kopf und drach in massive Verwünschungen gegen die Tücken des Schicksals aus. Nun würde der Chef ihn wieder als Idioten behandeln, wenn er ihn mit einer „leeren“ Leine zurückkehrte! Er stieß ein unfähiges Wort hervor, bat um Entschuldigung deswegen und zog sich enttäuscht zurück, seinen Rücken, an dem die Falten des Kittels sich bauschten, feige gekrümmt.

Frau Grandu fiel auf einen Stuhl nieder, ihr Mut war zu Ende, sie atmete mühsam und krampfhaft, weil sie zum erstenmal — und wie sehr! — die bindendste und heiligste ihrer Pflichten als Pförtnerin des Tierarzts verletzt hatte.

Nach ein paar Minuten machte sie jedoch entschlossen: „Am!“ und erhob sich.

Sie wendete sich, noch ein bißchen schwankend, als hätte sie starken Wein getrunken, dem Bett zu. Im Spiegel des Schranks sah sie sich nur undeutlich, denn sie hatte trübe Augen wie zur Zeit ihrer Trauer. Sie küßte das blaue Daunentissen. Der von Ermüdung, Abenteuer und Entbehrungen gelähmte Kater ließ sich nicht stören. Er konnte einfach nicht mehr, war zu nichts fähig. Er begnügte sich damit, sein durch die Ungerechtigkeit geschändetes kleines Gesicht und seine leidvollen kleinen Augen zu ihr zu erheben.

Frau Grandu berührte ihn mit einer Hand, die sich sanft an-

Um die Seele des Tieres

Ergebnisse moderner Forschungsmethoden / Von Dr. Ernst Bergmann

Tierbeobachtung ist eine beliebte Beschäftigung von alt und jung. Tierfreunde und andere Menschen, die viel mit Tieren umzugehen haben, wie Bauer, Förster und Tierwärter, haben uns immer eine große Anzahl interessanter und hübscher Geschichten vom Tier, seinem Tun und Treiben, seinen Neigungen und Abneigungen, seinen Gewohnheiten und Einfällen berichtet. Es kann gar kein Zweifel sein, daß dabei wirklich viel Wertvolles und Richtiges beobachtet und mitgeteilt worden ist. Aber das ist meist verdeckt von einer Spreu phantastischer Erklärungen, die dem Tier alle möglichen menschenähnlichen Eigenschaften beilegen, es mit einer Seele begaben, die der menschlichen nicht viel nachsteht. Die moderne Wissenschaft hat darum zur exakten Beobachtung des Tieres ganz andere Wege einschlagen müssen. Bei heute den Anspruch auf Wissenschaftlichkeit seiner Tierbeobachtungen erheben will, muß mit den Methoden der exakten Beobachtung, dem Experiment und der Statistik vertraut sein, um die drohenden Fehlerquellen zu vermeiden, die gerade bei der Tierpsychologie so außerordentlich nahelegen.

Das größte Hindernis dabei ist für exakte Beobachtung der Mangel der Sprache. Die Psychologie des Menschen kann sowohl durch genaue Selbstbeobachtung als auch durch einen Bericht über die heikeln Ergebnisse der Versuchsperson eine ziemlich einwandfreie Erkenntnis geben. Dagegen muß der Tierpsychologe immer streng auseinander halten, was objektive Beobachtung und was nachträgliche Hinzubildung ist. Dazu kommt, daß hier vielfach die Beobachtungen nur selten zu machen sind, wenn man z. B. das Tier in der freien Wildbahn beobachten muß. So ist es zunächst notwendig, den betreffenden Vorgang, den man beobachten will, willkürlich hervorzurufen, also planmäßige Versuche anzustellen. So allein können wir auch feststellen, wodurch das Verhalten des Tieres bedingt wird. Die gewöhnliche Beobachtung liefert nur die Beschreibung seines Verhaltens, der Versuch erst gibt die Erklärung. Ferner sind Versuchsreihen notwendig, es genügt also nicht etwa ein einziger Versuch. Endlich muß die Versuchsanordnung vielfach abgeändert werden, die Bedingungen müssen wechseln, und zwar so oft, bis sich einwandfrei ergeben hat, von welchen Bedingungen das tierische Verhalten abhängt. Das ist die Variationsmethode; es handelt sich also um Kontrollversuche, die angestellt werden, um zu beobachten, wie sich das Tier bei veränderten Bedingungen verhält.

Wichtige Ergebnisse für die Theorie wie für die Praxis sind mit diesen Methoden schonzulage gefördert worden. So war es lange eine weit verbreitete Ansicht, daß die Bienen durch die Farben der Blumen nicht angezogen würden, sondern durch den Geruch. Der Farbensinn wurde ihnen abgesprochen. Prof. v. Frisch konnte nun durch eingehende Experimente das Gegenteil beweisen. Er stellte folgende Uebersetzung an: Ist die Biene farbenblind, so kann sie doch noch Helligkeitsunterschiede wahrnehmen. Aber Farben sieht sie eben deshalb nicht, sie muß also ein farbiges Papier, etwa ein blaues, mit einem grauen Papier derselben Helligkeit wechseln. In einer Serie grauer Papiere, die feine Helligkeitsabstufungen von Weiß durch alle Schattierungen des Grau bis zu Schwarz zeigt, muß daher ein Grau enthalten sein, das für das Tier mit einem bestimmten Blau identisch ist. Frisch ordnete nun die Serie der grauen Papiere zu einem Schachbrettmuster und fügte an einer beliebigen Stelle darin ein blaues Papier von gleicher Größe und Gestalt ein. Auf jedes Papier stellte er ein Glaschälchen, aber nur das Schälchen auf dem blauen Papier wurde mit Zuckermilch gefüllt. Die Bienen flohen sofort auf dies Schälchen zu und trugen den begehrten Stoff eifrig sammelnd ein. Nach einiger Zeit wurde das blaue Papier an eine völlig andere Stelle gelegt und nun blieben alle Schälchen, auch das auf dem blauen Papier, leer. Sahen die Bienen das blaue Papier wie ein Grau von bestimmter Helligkeit, so könnten sie es nun, da es an einer anderen Stelle liegt und ferner das Schälchen darauf kein Zuckermilch enthält, nicht herausfinden. Tatsächlich aber flohen sie sofort auf das Blaue los und suchten hartnäckig das leere Schälchen darauf nach dem gewohnten Zuckermilch ab. Damit war der Nachweis geliefert, daß den Bienen ein Farbensinn zukommt.

Bei diesen Versuchen erwies sich nun, daß die Biene nicht alle Farben wie der Mensch sieht. Es zeigt sich, daß sie einerseits Orangeroth, Gelb und Gelbgrün, andererseits Blau, Violett und Purpurroth vollständig verwechseln. Der Farbensinn der Biene zeigt also eine weitgehende Uebereinstimmung mit dem Farbensinn eines rotgrünblinden (protanopen) Menschen. Und da ist es nun sehr interessant, daß diejenigen Farben, die vom Bienenauge nicht farbig gesehen werden, als Blumen-

färbte wie der Kater selber, und spürte das Klopfen seines Herzens. Stolz ein lebendiges Geschöpf mit Haut und Haaren gerettet zu haben, beugte sie sich über das Tier, ohne an die Unannehmlichkeiten zu denken, die ihr drohten, wenn sie den Flüchtling heimlich großzog, und sah ihn an mit mütterlichem Blick: hatte sie ihm nicht das Leben geschenkt. . . ? (Autorisierte Uebersetzung aus dem Französischen von Lina Freuder.)

Deutsche Sozialisten:

Carl Rodbertus (1805—1875).

So lange die Gesellschaft über Mangel an Gütern zu klagen hat, ist es offenbar widersinnig, daß vorhandene Produktionskräfte, die hinreichend Güter hervorbringen könnten, dem Mangel nicht abzuwehren vermögen. Aber dieser Widerspruch ist gering gegen den, welchen die Steigerung der Produktivkräfte heute erzeugt. Heute ist es sogar der Ueberfluß, das Resultat der gesteigerten Produktivkräfte, der den Mangel hervorbringt. Daß diese erhöhten Produktivkräfte, welche auf neuen Grundlagen des Glücks die ganze Gesellschaft zu etablieren vermöchten, dann und wann ihre Ulgewalt zeigen, dann und wann Gütermassen ans Tageslicht fördern, hinreichend, um allen zu helfen, — ist heute vielmehr der Grund, daß sich noch das Elend der einen erhöht und dem Glück der anderen die empfindlichsten Schläge veretzt werden. „So lange noch ein sichtbares Eigentum existiert, darf kein Armer verhungern!“ — Das sind Pitts Worte, nicht die meinigen. Seitdem ist aber der Widerspruch der gesellschaftlichen Organisation so groß geworden, daß die Armen gerade dann verhungern, wenn das sichtbare Eigentum so viel geworden ist, daß auch die Reichen davon ins Unglück gestürzt werden. Wenn die leitenden Mächte der Produktion diese aus irgendwelchem Beweggrunde anspornen, wenn sich Jochen der Gesellschaft eine allgemeine Fülle von Reichtum und Glück darbieten will, verwandelt sich plötzlich für die danach langende Hand jene Fülle in neue Entbehrung.

farben in unserer Flora nur äußerst selten vorkommen! Das kann nicht anders aufgefaßt werden, als daß die Blumenfarben durch Anpassung an den Insektenbesuch entstanden aufzufassen sind, wie das die Selektionstheorie nach Darwin lehrt.

Prof. Koech ist es im Wege des Experiments gelungen, weitere sehr wichtige Feststellungen für das Problem der Arbeitsteilung im Bienenstaat zu machen. Man mußte schon, daß die verschiedenen Arbeiten, wie Reinigen der Waben, Fütterung der Brut, Wächerdienste und Heranschaffen der Nahrung von verschiedenen Biengruppen geleistet werden. Aber ein Kastenvolk ist der Bienenstaat deshalb doch nicht, wie Koech nun feststellte, sondern jede Arbeitsbiene absolviert alle diese Tätigkeiten nacheinander im Verlauf ihres Lebens in regelmäßiger Abfolge. Was wird nun, wenn man etwa alle jungen Bienen, die ganz bestimmte Dienste leisten, einmal fornimmt? Geht alles schematisch zu, so müßten diese Dienste nun unerrichtet liegen bleiben, und damit müßte der ganze Staat zugrunde gehen. Bildete nun Koech künstlich Bienenvölker, die einmal aus jungen, dann wieder nur aus alten Bienen bestanden, so zeigte sich aber, daß auch diese künstlichen Völker fähig waren, alle notwendigen Arbeiten auszuführen. Diese Experimente sind nun keineswegs ohne ein bestimmtes theoretisches Ziel unternommen worden, sie bilden vielmehr ein wichtiges Beweisstück dafür, daß das Tier keineswegs ein bloßer Mechanismus ist, sondern in ständiger, sich sinngemäß verändernden Anforderungen im Leben anzupassen.

Solche Versuche aber werden nun nicht nur planmäßig ausgeführt, sondern die Ergebnisse auch durch genaue Protokolle festgelegt, denn unmöglich kann sich der Experimentator auf sein Gedächtnis verlassen. Sind endlich die Versuche abgeschlossen und durch Protokoll festgelegt, so beginnt in gewissem Sinne erst die eigentliche Arbeit. Die beobachteten Tatsachen müssen zusammengestellt, miteinander verglichen und gedeutet werden. Soweit wie möglich bedient man sich dabei der Wahrscheinlichkeitsrechnung und der Statistik. Beide sind höchst wichtig, da man sonst vielleicht von Zufallstreffen sprechen könnte. Wenn z. B. Hunde sich oft über weite Strecken wieder nach Hause zurückfinden, ohne vorher den genauen Weg zu kennen, so scheint das nur durch die Annahme zu erklären, daß hier ein geheimnisvoller Ortsinstinkt walte. Die Wahrscheinlichkeitsrechnung berücksichtigt dabei nun aber auch die große Anzahl von Verfassern, die uns gewöhnlich nicht auffallen, da unser Interesse allein den wunderbaren positiven Ergebnissen zugewendet ist.

Ein berühmtes Problem der Tierpsychologie konnte durch das Experiment gelöst werden: das Problem der „denkenden Tiere“, das vor Jahren soviel Aufsehen erregte. Da sollten Pferde, wie der „kluge Hans“, Hunde oder Affen imstande sein, wie ein Mensch denkt und Rechenleistungen auszuführen. Das war eine Fundgrube für die dilettantische Tierbeobachtung; Tante Amalie und Onkel Willi konnten nun die wunderbarsten Rechenleistungsfälle an ihrer Katze oder ihrem Wops feststellen. Die Wissenschaft hat diesem ganzen Zauber des Lebenslichts ausgebläsen. Es zeigte sich, daß die Leistungen solcher Tiere dadurch zustande kamen, daß bestimmte äußere Zeichen, etwa ganz geringe Bewegungen unwillkürlicher Art des Besitzers oder Wärters, dem Tier gewisse Blicke gaben, auf die hin es ganz bestimmte Handlungen ausführte, etwa durch Klopfen Zahlen angab. Sowie es dem Tier unmöglich gemacht wurde, seinen Besitzer zu sehen, waren sämtliche Antworten auf alle Fragen falsch. Die Ergebnisse waren so klar, daß die denkenden Tiere samt und sonders von der Bildfläche verschwunden sind.

Hier handelt es sich eben um eine laienhafte Ueberschätzung der psychischen Fähigkeiten des Tieres. Was aber kann das Tier im höchsten Maße wirklich leisten? Kann es wirklich intelligente Handlungen ausführen? Andere Untersuchungen, wie die der Professorenschule Rothmann und Köhler, haben hier positive Resultate gegeben. Einfache Intelligenzleistungen bei den höchstlebenden Tieren wurden zweifelsfrei festgestellt. Affen lernten Werkzeuge gebrauchen, Risten aufeinanderstellen, um eine an der Decke befindliche Frucht zu erlangen, ein Springstod wurde zum Ueberspringen von Hindernissen benutzt. So konnte einfaches Verhalten von der Art des beim Menschen bekannten, beim Schimpanzen nachgewiesen werden. Nach Köhlers Auffassung stehen die Menschenaffen an Einsicht den Menschen näher als vielen Affenarten. Aber die Kluft zwischen den höchstlebenden Affen und den primitivsten Menschen ist doch noch gewaltig.

Das sind höchst wertvolle Ergebnisse von großer Tragweite der wissenschaftlichen Tierbeobachtung, die sicher noch zu weiteren schönen Resultaten führen wird.

Die Wirtschaft nach den Wahlen.

Ohne Sicherheit gegenüber dem nationalsozialistischen Terror gibt es keine Besserung.

Immer wieder haben in den letzten Wochen alle diejenigen, die sich bemühten, Aufträge für Warenlieferungen, für Reparaturen, Inflationen oder Bauausführungen zu erhalten, die Antwort gehört, daß man die Entscheidung bis nach den Wahlen verschieben wolle. Dieses „nach den Wahlen“ war ein so sichtbarer Ausdruck der wirtschaftlichen Lähmung, die von der politischen Unsicherheit ausging, daß viele Firmen in den letzten Wochen ihre Reisenden nicht mehr hinaus sandten und teilweise überhaupt ihre Auftragswerbung, deren Ertrag die Speise nicht lohnte, eingestellt hatten. Nun ist mit den Reichstagswahlen die seit dem Frühjahr ununterbrochene Periode großer Wahlen beendet und es taucht naturgemäß die Frage auf, welche Rückwirkungen auf die Wirtschaft von dem Ausgang der Wahlen zu erwarten sind.

Zunächst wird man als günstigsten Faktor vermerten können, daß sich alle Befürchtungen, die an der ungestörten Durchführung der Reichstagswahlen zweifeln, als unbegründet erwiesen haben. Die zweite Tatsache, die psychologisch die Lähmung beseitigen oder wenigstens vermindern müßte, liegt in dem Ausgang der Wahlen, durch den das Zustandekommen einer Mehrheit der Nazis und ihres Anhangs verhindert worden ist. Dadurch ist die Hoffnung gegeben, daß die Wirtschaft sowohl von Bürgerkriegsercheinungen als auch von verrückten Experimenten und Inflationsspielerien, wie sie die Wirtschaftsdiktatoren der Nazis vorbereiteten, verschont bleiben wird. Es könnte durch diese Abwehr des Rechtsradikalismus, die die Wahlen bewiesen haben, das Sicherheitsgefühl und das Vertrauen wieder erstarken und damit eine Grundlage zu wirtschaftlicher Belebung gegeben sein.

Damit diese günstigen Faktoren wirksam werden können, ist es allerdings dringend notwendig, daß die Reichsregierung gegen alle Terrorakte, wie wir sie unmittelbar nach den Wahlen vor allem in Königsberg, aber auch in Schlesien und in Schleswig-Holstein erlebt haben, mit der größten Energie vorgeht und dabei vor allem auch die intellektuellen Urheber der Naziseite nicht spart. Denn solange sich politische Kämpfe nicht in zivilisierten Formen, sondern nach Wildwestmethoden abspielen, hat jeder Mensch, der wirtschaftliche Dispositionen zu treffen hat, noch das Gefühl, daß wir auf einem Vulkan sitzen, und mit diesem Gefühl kann man keine Unternehmungen auf längere Sicht beginnen, die für die Belebung der Wirtschaft und die Besserung des Arbeitsmarktes von entscheidender Bedeutung sind.

Die zweite Vorbedingung ist die Erhaltung des Vertrauens in die deutsche Währung. Nur wenn sich die Ueberzeugung durchsetzt, daß nach der klaren Mehrheitsentscheidung gegen Hitler und Hugenberg die Gefahr von Währungsexperimenten beseitigt ist, besteht auch die Hoffnung, daß die von dieser Seite stammenden Lähmungsercheinungen überwunden

werden. Zu den Maßnahmen gegen die Währungssicherheit und für inflationistische Projekte gehört auch die Hege gegen den Reichsbankpräsidenten Dr. Lohse, den man als einen energiegelichen Vertreter der Währungsstabilität kennt. Es ist erfreulich, daß die immer wieder systematisch verbreiteten Gerüchte von einem bevorstehenden Rücktritt Lohses neuerdings wieder als jeder Begründung entbehrend gekennzeichnet worden sind.

So wichtig für die Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Belebung die Stärkung der Sicherheitsfaktoren ist, so kann es aber selbstverständlich damit allein nicht getan sein. Die Regierung Papen hat in dem Augenblick, in dem sie unparlamentarisch berufen worden ist, alle Vorarbeiten der Regierung Brüning und des alten Reichstags für das Inangangsetzen und eine solide Finanzierung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms im Papierkorb verschwinden lassen. Um so dringlicher ist es, daß jetzt die praktische Verwirklichung einer Arbeitsbeschaffung durch Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten und durch Bereitstellung der nötigen Anlaufsmittel für eine Organisation der Arbeit von Arbeitslosen für die bessere Naturalversorgung der großen Masse der in ihren Geldunterstützungen unerträglich tief herabgedrückten Arbeitslosen eingeleitet wird.

Die Entlastung des Arbeitsmarktes durch Arbeitsbeschaffung kann aber nur dann wirksam werden, wenn nicht auf der anderen Seite durch eine unverantwortliche, die Möglichkeiten des Industriepportes weiter drohende Handelspolitik das Heer der Arbeitslosen neuen Zusatz erhält.

Es muß immer wieder wiederholt werden: Deutschland als ein Land der industriellen Veredelung kann für seine Arbeitskräfte nur Beschäftigung haben, wenn es nicht dem Bahn einer handelspolitischen Abseppung, einer Selbstverlorenung nachläßt, sondern wenn es seine Handelspolitik entscheidend auf den Anschluß an den Weltmarkt, auf die Förderung des industriellen Ablasses einstellt. Selbst die landwirtschaftlichen Produzenten, die zunächst als die Hauptnutznießer der Absperrungspolitik erscheinen, können keinen dauernden Vorteil von einer Politik haben, die die Kaufkraft der städtischen Arbeitermassen untergräbt.

Wir sehen nach den Wahlen einige Voraussetzungen für die Ueberwindung des Tiefstandes der Krise psychologisch als gegeben an. Die Ausverkäufe, die in diesen Tagen mit gelenkten Preisen lebhaft begonnen haben und durch Lagerdümmungen die Bahn freimachen können für neue Auftragserteilungen, gewähren auch einen Hoffnungsschimmer. Aber alle Ansätze zur Besserung werden nur dann zur Reife kommen können, wenn es gelingt, die Bürgerkriegsercheinungen im Innern zu unterdrücken, neue Unsicherheitsfaktoren von der Währungsseite auszuschalten und gleichzeitig positiv die Forderungen einer die Interessen des industriellen Arbeitsmarktes genügend berücksichtigenden Handelspolitik und einer wirksamen Arbeitsbeschaffung zu erfüllen.

Ein anderer Weg, der als entschlossene Aktion vollkommen neu ist, sei die Erhöhung der Weltpreise. Sie habe den großen Vorteil, daß sie in ihrem Ergebnis angemessener sei als eine Herabsetzung der Schulden. Eine großangelegte, tüchtig organisierte Abhilfe sei jedenfalls dem freischen und Handeln unzähliger besorgter Gläubiger und misstrauischer Schuldner vorzuziehen. Welchen Weg man auch gehe, es müsse die absolute Notwendigkeit einer Erhöhung der Rohstoffpreise im Vordergrund aller Erwägungen über die Erholung der Welt stehen. Bei einem Preissturz könne es für viele trostlose Jahre keine Wiederherstellung des allgemeinen Wohlstandes geben.

Rheinstahl berichtet.

Vor der Sanierung der Schwerindustrie.

Die Bilanz der Rheinischen Stahlwerke Essen vom 31. März 1932 ist in ihrem Aussehen bestimmt durch die hohen Abschreibungen auf ihre Beteiligungen.

Von dem Kapital dieser Gesellschaft (150 Millionen Mark) befinden sich 45 Proz. im Besitz der J.G. Farben-Werke. Rheinstahl selbst besitzt, wie man etwa nach ihrer Firma vermuten könnte, keinerlei Stahlwerke, sondern nur einige bedeutende Gruben im Ruhrgebiet. Wichtiger aber ist ihr Aktienbesitz. Von den 50 Millionen Kapital der A. Riebeck-Montan A.-G. besitzt sie 43,5 Millionen, und an den Vereinigten Stahlwerken ist sie durch einen Besitz von 82 Millionen Mark Aktien interessiert. Wenn man auch diesen Besitz als „dauernde Anlagen“ ansieht, der zum Erwerbspreis gewertet werden darf, so ist man sich doch über die Notwendigkeit einer einschneidenden Sanierung beim Stahlverein klar. Soweit also die Referenzen des Rheinstahls es gestatteten, sind auf diesen Besitz Abschreibungen vorgenommen worden.

Dazu wurden dem Reservefonds 30,3 Millionen Mark entnommen, so daß der Reservefonds mit 15 Millionen Mark jetzt gerade 10 Proz. des Kapitals ausmacht. Der Gewinn des Jahres 1931/32 in Höhe von 10,2 Millionen wurde zu Abschreibungen auf Anlagen und Beteiligungen verwendet. So erscheint der oben angeführte Aktienbesitz mit 86,4 Millionen Mark (im Vorjahr 120,6 Millionen Mark) in der Bilanz; das entspricht einem Durchschnittskurs von 70 Proz., während die Riebeck-Aktie zuletzt nur mit 56 Proz., die Stahlvereinsaktie aber mit 11 Proz. notierte. Bei der bevorstehenden Sanierung des Stahlvereins wird also auch Rheinstahl noch erhebliche Verluste erleiden.

Die Kohlengruben erscheinen in der Bilanz mit einem Werte von 112,7 Millionen Mark. Der Gesamtumfang aller Betriebe ist von 74,7 auf 53,0 Millionen Mark, also um fast ein Drittel zurückgegangen. Der Bruttogewinn der Kohlenbetriebe ermäßigte sich von 8 auf 4 Millionen Mark. Die Kohlenverkäufe in das sogenannte befristete Gebiet (englische Konkurrenz) besetzten das Unternehmen mit einem Verlust von 9,1 Millionen Mark, mit einem Betrage, der weit über die vielgestörten Sozialabgaben hinausging. Daß die Weltkrise und demgemäß die Krise des deutschen Bergbaues eine Folge des kapitalistischen Wirtschaftssystems ist, daran ändern auch die Deflationen des Geschäftsberichts nichts. Die Zahl der Arbeiter und Beamten wurde von 12643 auf 10387 vermindert, nicht allein wegen des schlechteren Geschäftsganges, sondern auch wegen verstärkter Mechanisierung des Betriebes, wegen der Leistungsteigerung je Kopf der Belegschaft und wegen Verminderung der Kohlenlager.

Die finanzielle Lage von Rheinstahl ist immer noch gut im Verhältnis zu anderen Unternehmungen. Die Schulden konnten von 20,7 auf 15,7 ermäßigt werden, und Anleihen und Hypotheken wurden durch Tilgungen von 10,5 auf 7,4 Millionen Mark herabgedrückt. Die immer noch hohen Forderungen von 24,4 Millionen Mark sind infolge der Aktienkäufe niedriger als im Vorjahr (35,1 Millionen Mark). In den Borräten (4,1 Millionen Mark) und in dem Besitz an eigenen Aktien — 8 Millionen Mark nominal sind mit 3,0 Millionen Mark bewertet — stecken wohl noch Reserven.

Folgen der Absperrung.

Der deutsche Außenhandel im zweiten Vierteljahr 1932.

Die Folgen der internationalen Absperrung machen sich immer mehr in der Schrumpfung der Außenhandelsumfänge bemerkbar.

Die gesamte Einfuhr Deutschlands war im zweiten Vierteljahr 1932 mit 1143 Millionen Mark um 101 Millionen Mark geringer als im ersten Vierteljahr. Von diesem Rückgang entfielen 67 Millionen auf die Abnahme der Rohstoffeinfuhr und 34 Millionen auf die Abnahme der Fertigwareneinfuhr. Der größte Teil des Einfuhrrückganges kommt auf Rechnung der europäischen Länder. Die Einfuhr aus Großbritannien allein ist vom ersten zum zweiten Vierteljahr von 84,2 auf 58,9 Millionen Mark, also um rund 25 Millionen Mark gesunken.

Leider ist die Ausfuhr Deutschlands noch sehr viel stärker als die Einfuhr zurückgegangen; sie betrug im zweiten Vierteljahr 1382 Millionen Mark und war um 224 Millionen Mark geringer als im ersten Vierteljahr. Auch der Ausfuhrückgang entfällt zum größten Teil (mit 181 Millionen Mark) auf europäische Länder. Daran ist besonders die Ausfuhr nach Großbritannien beteiligt, da die britischen Zölle für eine Reihe deutscher Waren den Zugang völlig gesperrt haben.

Während die Ausfuhr nach Großbritannien im ersten Vierteljahr noch 150,3 Millionen Mark ausmachte, betrug sie im zweiten Vierteljahr nur noch 78,3 Millionen Mark. Der Ausfuhrüberschuß in der deutschen Handelsbilanz mit Großbritannien ging von 66 Millionen im ersten Vierteljahr auf 19 Millionen Mark im zweiten Vierteljahr zurück, während er im zweiten Vierteljahr 1931 noch 130 Millionen Mark ausgemacht hatte.

Auch diese Ziffern zeigen mit Deutlichkeit, mit welcher Vorschau Deutschland seine handelspolitischen Beziehungen zu pflegen hat. Daß der Warenabfluß nach der Schweiz so stark zurückgegangen ist, ist sicher eine Folge der Kündigung des deutsch-schweizerischen Handelsvertrages. In bedenklícher Weise ist auch die Ausfuhr nach den Niederlanden zurückgegangen.

Die Finanzkrise in U.S.A.

Nach dem „Wirtschaftswunder“ das blaue Wunder des 12-Milliarden-Defizits.

Die Vereinigten Staaten sind schon lange nicht mehr das „Wirtschaftswunder“. Dieselben Krisenerscheinungen wie bei uns und — Ueberproduktion, Ueberlegung der Industrie, Arbeitslosigkeit, fehlende Kaufkraft — verheeren die amerikanische Wirtschaft.

Durch Einnahmerrückgang und Ausgabensteigerung hat Amerika gefährlichere Defizite als Deutschland.

Die Krisenwirkungen auf die Finanzen des amerikanischen Bundes werden in Nr. 14 von „Wirtschaft und Statistik“ dargelegt. Um ein vollständiges Bild von der öffentlichen Finanznot in den Vereinigten Staaten zu geben, müßte man die Defizite und Schulden in den Etats der 48 Einzelstaaten dazurechnen, zumal die Einzelstaaten des amerikanischen Bundes von sehr viel größerer Bedeutung sind als etwa die deutschen Länder. Aber schon das Bild der Bundesfinanzen ist schaurig genug.

Um das Wichtigste gleich voranzustellen: nachdem der Bundesetat von 1919 bis 1930 mit Ueberschüssen abgeschlossen hatte, die stets zur Schuldentilgung verwendet wurden, endete das Etatsjahr 1930/31 (1. Juli bis 30. Juni) mit einem Defizit von 903 Mill. Dollar (3,8 Milliarden Mark) und das Etatsjahr 1931/32 mit einem Defizit von 2,9 Milliarden Dollar oder 12,2 Milliarden Mark.

Mit einer inneren Schuld von 25,5 Milliarden Dollar hatte am 30. Juni 1919 die Periode der Kriegswirtschaft geendet. Diese gewaltige Schuldenlast von 240 Dollar je Kopf der Bevölkerung war erträglich dadurch, daß fast die ganze Welt an Amerika verschuldet war, und solange die Wirtschaft sich im Aufschwung befand. Tatsächlich wurde in etwa zehn Jahren, bis Ende 1929/30, die Bundesschuld bis auf 16,2 Milliarden Dollar vermindert, und zwar zu einem erheblichen Teil mit Hilfe der Etatsüberschüsse, die im Jahre 1926/27 die Rekordsumme von 612 Mill. Dollar oder 2,6 Milliarden Mark erreichten.

Das änderte sich mit dem Einsetzen der Wirtschaftskrise; die Verschuldung des amerikanischen Bundes ist bis zum Mai dieses Jahres wieder auf mehr als 19 Milliarden Dollar (152 Dollar je Kopf der Bevölkerung) gestiegen.

Das übliche Krisenbild in öffentlichen Haushalten — sinkende Einnahmen, steigende Ausgaben — zeigt sich im amerikanischen Bundesetat seit 1929/30. Die bald eingeleiteten

Sparmaßnahmen hatten keinen Erfolg.

Auf den verschiedensten Gebieten mußte der Bund mit erheblichen Mitteln eingreifen. Die Post erforderte höhere Zuschüsse (1930/31 146 Mill. Dollar), die Zuwendungen an die Kriegsbeschädigten wurden erhöht, und die Landwirtschaft erhielt auf den verschiedensten Wegen erhebliche Subventionen.

Um die Arbeitslosigkeit zu vermindern und die Lage am Baumarkt zu bessern, machte man den Versuch aktiver Konjunkturpolitik; das Bauprogramm des Bundes wurde in kürzerer Zeit als

geplant durchgeführt, so daß in 2 1/2 Jahren mehr als 1,6 Milliarden Dollar in öffentlichen Bauten investiert wurden, freilich ohne bemerkenswerten die Krise mildern zu können. So sind denn in zwei Jahren, von 1929/30 bis 1931/32, die Bundeseinnahmen von 4,2 auf 2,1 Milliarden Dollar zurückgegangen, die Ausgaben aber von 3,5 Milliarden Dollar im Jahre 1926/27 auf 5,0 Milliarden Dollar im Jahre 1931/32 gestiegen. Von dem Defizit des Jahres 1931/32 (2,9 Milliarden Dollar) ist etwa eine Viertelmilliarde Dollar auf die Einnahmeausfälle infolge des Hoover-Festjahres zu rechnen.

In dieser Situation hat man sich entschlossen, die Ausgaben nach Möglichkeit zu senken und neue Einnahmequellen zu erschließen. Gespart wird zunächst an den Beamtengehältern. Die geplante Entlassung von 80 000 Bundesangestellten und die 5-Tage-Woche kommen vorläufig nicht; aber der Gehaltsabbau soll 150 bis 180 Mill. Dollar bringen. Neue Einnahmen sollen die Erhöhung der Posttarife (160 Mill. Dollar) und eine Steuererhöhung (959 Mill. Dollar) bringen.

Das „Koststeuergesetz“ sieht unter anderem eine wesentliche Verschärfung der Einkommenbesteuerung vor.

Anders als bei uns, hat man in Amerika keine Furcht, die großen Einkommen scharf anzupacken.

Bei einem Einkommen von mehr als eine Million Dollar ist jetzt eine Einkommensteuer von nicht weniger als 63 Prozent zu entrichten, während die deutschen Millionäre etwa 40 Proz. Einkommensteuer zahlen!

Ueberwindung der Weltkrise.

Die Londoner Midland-Bank über die Voraussetzungen für eine Erholung.

Die Midland-Bank befaßt sich in ihrem Monatsbericht mit der internationalen Verschuldung und weist auf die dringende Notwendigkeit einer Erhöhung der Rohstoffpreise als Bedingung für eine Erholung der Weltwirtschaft hin. Die drei großen Gläubigerländer der Welt, die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich, so heißt es in dem Bericht, haben keine Kapitalsüberschüsse für eine Anlage im Auslandes verfügbar. Es wäre zwecklos, sich auf einen Wiederaufbau durch große Darlehen der Gläubigerationen zu verlassen. Eine bessere Methode seien Vereinbarungen über die bestehenden Schulden, wodurch den Schuldnerländern ermöglicht werde, Ueberchüsse aus laufender Rechnung zur Finanzierung der dringend nötigen Importe zu verwenden. Theoretisch gäbe es zwei Möglichkeiten für eine Erleichterung, nämlich Herabsetzung des Nominalbetrages der Schulden, von Verhandlungen oder stückweiser Verzugs und Bankrottverfahren.

Wo bleibt die Wirtschaft?

Ruhe und Ordnung durch Arbeit!

Es trachen die Bombeneinschläge und die Revolverkugeln, Stahlruten, Totschläger und Gummiknüppel sind in Tätigkeit; es gibt Tote und Verwundete. Die Wundbänder der Nazis, die Polizei und die Kerzer haben Arbeit. Und die Arbeitslosen?

Die Wahlen sind vorbei, die Regierung ist, so sagt sie wenigstens den ausländischen Presseberichterstattern, aufs höchste befriedigt. Sie kann endlich in Urlaub gehen. Man kündigt an, daß die Bestimmungen über den freiwilligen Arbeitsdienst ab 1. August in Kraft treten, und daß heute die Ausführungsbestimmungen dazu veröffentlicht werden. Wo aber bleibt die Arbeitsbeschaffung? Wo bleibt die Aufhebung der Wirtschaft?

Nicht nur die sechs Millionen Arbeitslosen warten vergeblich und verzweifelt, daß man sich ernsthaft und energisch um die Beschaffung von Arbeit bemüht; auch die noch in Arbeit Stehenden fragen sich mit Recht, auf wie lange sie noch Arbeit haben werden.

Der Verbrauch schrumpft von Monat zu Monat ein und damit unweidlich die Produktion.

Die hohen Kosten der Unternehmungen lasten immer schwerer auf den gesamten Herstellungskosten, weil die Betriebe nur zu einem immer kleiner werdenden Teil ausgenutzt werden können. Die Steuereingänge vermindern sich, die Ausgaben der öffentlichen Hand steigen trotz aller Notverordnungen, die die Unterstufungen auf ein unerträgliches Hungerniveau reduzieren.

Nicht nur die Wirtschaft leidet. Auch die Regierung scheint des Glaubens zu sein, daß sie das Recht habe, die Arme zu kreuzen und die Wirtschaft weiter in den Abgrund laufen zu lassen. Wenn sie sich wirklich der Illusion hingeben sollte, daß Ruhe und Ordnung gesichert, wenn republikanische Beamte abgesetzt werden und wenn man den „aufbauwilligen Kräften der nationalen Bewegung“ die Strafrechtsgewalt, so müssen wir schon aussprechen, daß sie sich in einem grundlegenden Irrtum befindet.

Wenn die Terroristen der Polizei und den Gerichten Arbeit geben, so ist damit weder der Wirtschaft noch den Arbeitslosen geholfen.

Es besteht nicht die geringste Aussicht dafür, daß diese Methoden irgendwie zu einer Besserung der Wirtschaftslage führen können. Ohne Bestimmt zu sein, kann man vielmehr annehmen, daß das Gegenteil eintreten wird. Man kann heute schon voraussehen, daß innerhalb weniger Monate die Zahl der Arbeitslosen ganz beträchtlich höher sein wird, als sie es heute schon ist, höher als

sie im letzten Winter war. Wie glaubt die Reichsregierung dann den Haushalt des Reiches, der Länder und Gemeinden in Ordnung zu halten?

Glaubt sie ernsthaft, daß dann Ruhe und Ordnung gesichert werden können?

Wir verstehen durchaus, wenn die Reichsregierung, die nun einmal von den Nationalsozialisten abhängt und ihren Konzeptionen machen muß, den sogenannten freiwilligen Arbeitsdienst ausbaut und daran denkt, die Arbeitsdienstpflicht einzuführen. Zunächst hofft man 200 000 Freiwillige unterzubringen und dann 1 Million Arbeitsdienstpflichtige. Wenn man die Kostenfrage auch ganz unberücksichtigt läßt — und sie ist wahrlich nicht eine sekundäre Frage —, so kann man aber nicht die Frage außer acht lassen,

was mit den übrigen fünf, sechs oder sieben Millionen Arbeitslosen und ihren Familienangehörigen geschehen soll.

Soll die freie Wirtschaft, sollen die Steuerzahler außer den Kosten für den Arbeitsdienst auch noch die Kosten für diese fünf, sechs oder sieben Millionen Arbeitslosen mit ihren Familienangehörigen aufbringen? Und wie lange glaubt man, daß die Steuerzahler dazu in der Lage sein werden? Wir möchten wissen, ob sich die Reichsregierung mit diesen Fragen überhaupt schon und ob sie sich mit ihnen ernsthaft beschäftigt hat. Daß der Lohnabbau, daß die Gehaltskürzungen nicht zu einer Belebung der Wirtschaft, nicht zu einer Verminderung der Arbeitslosigkeit führen, sondern im Gegenteil die Arbeitslosigkeit noch vergrößert haben, das braucht wohl nicht erst bewiesen werden. Die Frage ist nun,

wie sich die Regierung, die sich gern ihrer Energie rühmt, die Wiedereinstellung der Arbeitslosen in die Produktion vorstellt.

Wir hörten Rundfunkreden des Reichswehrministers, des Reichsinnenministers, des Reichskanzlers, wir lasen ihre Interviews. In diesen Reden und in diesen Interviews wird eine Polizeisprache oder eine Militärsprache geredet. Von Wirtschaft ist nichts zu hören, von Arbeitsbeschaffung hört man nichts. Dieses aber ist in Deutschland das Kernproblem, ohne dessen Lösung weder Polizei noch Reichswehr ausreichen werden, um die Ruhe und Ordnung in Deutschland aufrechtzuerhalten. Von der Lösung dieses Problems hängt es vielmehr ab, ob wir wieder zu Verhältnissen zurückkehren werden, die nicht, wie die heutigen, eine Schande für die deutsche Nation sind.

Mark ein; 1931 dagegen nur noch 0,95 Millionen Mark, also über 1 Million Mark weniger als 1925. Selbst im Krisenjahr 1930 konnte die Hauptkasse des Malerverbandes noch 1,55 Millionen Mark reine Beitragseinnahmen verbuchen. Fast die gesamten Beitragsleistungen der Hauptkasse, nämlich 948 744 Mark, sind im Berichtsjahr in Form von Unterstützungen wieder an die Mitglieder zurückgeflossen. Für die Unterstützung der erwerbslosen Verbandsmitglieder wurden allein 491 656 Mark ausgegeben. Diese erheblichen Leistungen sind ein sichtbarer Beweis dafür, daß auch der Malerverband auf starkem finanziellen Fundament beruht.

Auf Grund dieser Stärke war es ihm trotz der großen Arbeitslosigkeit auch im vorigen Jahre noch möglich, den unveranschlagten Lohnabbauforderungen der Unternehmer erfolgreich Widerstand leisten zu können. Man findet in dem Jahrbuch nämlich nicht nur die Mitteilung, daß für rund 87 000 Malergehilfen im vorigen Jahr eine Lohnsenkung von durchschnittlich 10,18 Mark pro Woche eingetreten ist, sondern daneben auch den Hinweis, daß für 56 322 Gehilfen ein Lohnabzug von durchschnittlich 8,39 Mark pro Woche abgewehrt werden konnte. Diese eine Gegenüberstellung zeigt wieder einmal recht deutlich, daß der Gewerkschaftsbeitrag auch in den schärfsten Krisenzeiten eine zweckmäßige Kapitalanlage ist, von deren Ertrag allerdings auch die großmühtigen Unorganisierten profitieren.

Im Laufe des Berichtsjahres trat ein Verlust von 6332 Mitgliedern oder 11 Prozent des Gesamtmitgliederbestandes vom Jahresfluß 1930 ein. So daß der Malerverband Ende 1931 insgesamt 51 562 Mitglieder zählte. Trotz der fürchterlichen Arbeitslosigkeit blieb der Mitgliederverlust also unter dem Durchschnitt der dem DGB angeschlossenen Gewerkschaften. Eine allgemeine Besserung der Beschäftigungslage, mit der aber unter dem Haken- und Papenkreuz in nächster Zeit kaum gerechnet werden kann, wird auch dem Malerverband die jetzt verlorengegangenen Kämpfer schnell wieder zuführen. Das Gefüge des Malerverbandes ist jedenfalls auch durch das Krisenjahr 1931 nicht gelockert worden, so daß er gegenüber seinen Partnern im anderen Lager ein Machtfaktor geblieben ist, der nicht mißachtet werden kann.

Berufsschutz des Beamten.

Gemeinsame Interessen mit der Arbeiterschaft.

Der Beamte hat vor der übrigen Arbeiterschaft voraus die Sicherung seiner Arbeitsstelle. Auch die Notverordnungen, die empfindlich sein Einkommen angriffen, haben hierin keine Abänderung gebracht. Die preußische Notverordnung vom 12. September 1931, die die Möglichkeit einer Verlegung des Beamten in ein anderes, auch in ein untergeordnetes Amt vorsah, wurde vom Reichsgericht für verfassungswidrig erklärt.

So ist dem Beamten, dem in seiner Bindung an sein Amt geringere persönliche Freiheit als den übrigen Arbeitnehmern zusteht, die Grundlage seines Arbeitsverhältnisses, die berufliche Sicherheit, voll erhalten geblieben. Allerdings besteht diese Sicherheit nur für den auf Lebenszeit angestellten Beamten. Wie in seinem Rundfunkvortrag „Schutz der Arbeitsstelle des Beamten“ Ministerialrat Dr. Flatau mitteilte, gibt es rund 300 000 auf Kündigung angestellte Beamte, die zwar die Berufsbindungen der fest angestellten Beamten, nicht aber ihre beruflichen Rechte haben. Sie sind ungünstiger gestellt als die behördlichen Angestellten, da sie außerhalb des Betriebsratsgesetzes und der Befehle über den Kündigungsschutz stehen.

Eine zurzeit besonders aktuelle Frage ist die nach dem Recht der Beamten auf politische Meinungsfreiheit. Die deutsche Republik hat sie im Artikel 130 der Reichsverfassung ausdrücklich gewährt; doch besteht die selbstverständliche Einschränkung, daß der Beamte, der auf die Verfassung vereidigt ist, nicht in einer Partei wirken darf, die politische Ziele auf ungesetzlichem Wege erreichen will.

Der Aufstieg in die Laufbahn eines auf Lebenszeit angestellten Beamten ist dem Anwärter heute durchaus nicht immer gesichert. Doch nicht nur die berufsrechtlichen Fragen dieser Beamtenanwärter, auch die der festangestellten Beamten greifen eng ineinander mit denen der übrigen Arbeiter und Angestellten. Deshalb betonte Ministerialrat Flatau am Schluß seiner Ausführungen, es sei unerlässlich, daß beide Berufsgruppen sich dieses Zusammenhanges voll bewußt werden und die Beamtenverbände der Gestaltung des Arbeitsrechtes, die anderen Gewerkschaften der Gestaltung des Beamtenrechtes ihr Interesse widmen.

Im **Mahlschneidergewerbe** sind die Lohnabkommen von den Arbeitgebern zum 31. August gekündigt worden. Befordert wird ein neuer Lohnabbau von rund 25 Proz. Hier kann man nur sagen, daß die Schneidermeister selbst die Schwerindustriellen an reaktionärer Verböhrtheit und wirtschaftlicher Unvernunft um einige Ellen übertreffen.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, 19½ Uhr, tagen die Gruppen: **Südost:** Jugendheim Reichenberger Str. 66. **Heimbesprechung, Kampfliederabend.** — **Tempelhof:** Jugendheim, August-Germaniastr. 4-6. Der Zugang erfolgt durch den Eingang Südstraße, auf der hinteren Seite der Schule. **Heimbesprechung, Verbandsbuchkontrolle.** — **West:** Jugendheim Lehrstr. 17-19. **Heimbesprechung, Verbandsbuchkontrolle.** — **Staat:** Jugendheim der 17. Volksschule, Gartenstr. 18. **Heimbesprechung, Buchkontrolle.** — **Heim:** Heim der Geschlossen. Wir treffen uns um 19 Uhr auf dem Schulhof. — **Schönehauser Tor:** Jugendheim Lindstr. 18. **Heimbesprechung.** Wir erhalten von unserem Beruf. — **Sonnenbergweg:** Jugendheim Dietzmerstr. 5. **Heimbesprechung.** — **Nützenberg:** Jugendheim Döberstr. 22. **Vortrag:** Die Stellung der Frau in der Gesellschaft. — **Reinholdberg:** Jugendheim Guntterstr. 44. **Gewerkschaften und Einheitsfront.** — **Ober:** Jugendheim Frankfurter Allee 307, Wohnkammer. **Heimbesprechung:** Beihilfenrecht, Beihilfenrecht. — **Grünbrunn:** Jugendheim Rote Schule, Götterweg Str. 2. **Heimbesprechung, Buchkontrolle.** — **Röpenitz:** Jugendheim Götterweg Str. 3 (Röhre Bahnhofs Spindlerfeld). **Heimbesprechung.** — **Schlesisches Tor:** Jugendheim Rantestraße 7. **Die wahre Einheitsfront.** — **Wir spielen ab 18 Uhr:** Jugendgruppe des Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verbandes: **Rezeptur Wiese, Nr. 8.**

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute finden folgende Veranstaltungen statt: **Wachen:** Jugendheim Lorkingstr. 19. **Der Kampf im Fernen Osten** — seine wirtschaftlichen und politischen Hintergründe. — **Ober:** Jugendheim der Schule Klawer Str. 18. **Arbeitsgemeinschaft:** Kunst der Bilder: **Russische Kunst.** — **Reptun:** Jugendheim Eisenstr. 3 (Reuhaus). **Arbeitsgemeinschaft:** Der arbeitende Mensch in der Kunst. — **Die freie Angestelltenfront e. G. m. b. H.** tagt heute von 20 bis 22 Uhr im Verbandsheim. — **Spielen im Freien:** Ab 18 Uhr Sportplatz Kleingarten und ab 18½ Uhr Sportplatz Friedrichshagen, Platz 9.

Der „Borwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Sonntagsbeilage „Wolk und Zeit“.

Anzeigenpreise: Die einfache, 10 Zeilen, 20 W. Anzeigenzeile 2 — 3, „kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 20 W. (schliff zwei festgedruckte Worte) jedes weitere Wort 10 W. Rabatt laut Tarif. Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt 10 Zeilen, 20 W. Familienanzeigen 10 Zeilen, 20 W. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wöchentlich von 9½ bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmigter Anzeigen vor!

Verantwortlich für Politik: Dietrich Schmitt; Schriftf. H. Ringelstein; Gewerkschaftsbewegung: J. Seiner; Kultur: Herbert Seipke; Soziales und Sonstiges: Fritz Reiffert; Anzeigen: Th. Gluck; Vertrieb in Berlin: Verlag: Borwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Borwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsbuchhandlung Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3 & Seite 3 Beilagen.

Kampfkraft trotz Krise.

Verbandstag der Lederarbeiter.

Im Frankfurter Volksbildungsheim tagt zur Zeit der 20. Verbandstag des Deutschen Lederarbeiterverbandes. Der Geschäftsbericht, den der zum Tagungsvorsitzenden gewählte Verbandsvorsitzende Mahler für die letzten vier Jahre erstattete, ist eine deutliche Antwort auf die zur Zeit gegen die Gewerkschaften betriebene Hege.

Wenn bei einem Bestand von 20 bis 30 Proz. Arbeitslosen und 30 bis 40 Proz. Kurzarbeitern — so führte Mahler aus — im Jahre 1930 die Tariflöhne erhalten wurden, so war das eine ebenso große Leistung wie die Durchsetzung von Lohnerhöhungen in den vorhergehenden Jahren. Im Jahre 1928 konnten Lohnerhöhungen von 4 bis 8 Pfennig die Stunde erzielt werden, 1929 von 3 bis 4 Pfennig; im Jahre 1930 wurden die Stundenlöhne in allen Bezirken gehalten; 1931 ließen sich Kürzungen von Tariflöhnen von 4 bis 10 Proz. nicht abwenden. Manche Lohnabbaumaßnahmen hätten allerdings einen geringeren Umfang angenommen, wenn die betreffenden Belegschaften nicht in Kernsituation Abschlüsse getätigt hätten, ohne ihren Gauleiter zu befragen.

Die Einnahmen sind unter dem Druck der Krise zurückgegangen und die Ausgaben gestiegen. In den vier Berichtsjahren zusammen betragen die Einnahmen des Verbandes 5 474 000 Mark, die Ausgaben 5 412 000 Mark.

Über 60 Proz. dieser Ausgaben fanden für Unterstützung Verwendung

und nur 22 Proz. für Propaganda, Gehälter und Konferenzen. Mit dieser Zusammenfassung — betonte Mahler — sind alle die übsten Verleumdungen, die von den RSD.-Heldern in die Welt gesetzt wurden, glatt widerlegt. 321 Lohnbewegungen wurden ohne Arbeitseinstellung und 20 Lohnbewegungen mit Arbeitseinstellung durchgeführt. Für über 58 000 Personen wurden Lohnverbesserungen erzielt, für über 60 000 Personen Lohnverschlechterungen abgewehrt.

Zu den Bestrebungen auf Verschmelzung des Verbandes mit den Organisationen der Sattler, Tapezierer, Portefeuliers und Schuhmacher bemerkte der Verbandsvorsitzende, daß der Hauptstreitpunkt im Problem der Invalidenunterstützung lag. Die Systeme der Invalidenunterstützung seien zu verschieden, vor allem aber zahlten die Lederarbeiter schon seit 1925 für die Invalidenversicherung, während die Schuhmacher erst beginnen wollten. Im übrigen habe sich auch die Meinung über die Bedeutung der Verschmelzung in letzter Zeit geändert. Statt einer Zentralisation halte man vielerorts wieder eine Dezentralisation für die günstigere Organisationsform. Auch ständen die katastrophalen wirtschaftlichen Verhältnisse den Verschmelzungsbestrebungen im Wege. Die Stöckkraft der Verbände nehme in einer schlechten wirtschaftlichen Zeit bei einer Zusammenfassung, die einen kostspieligen Umbau erfordere, nicht zu.

Mit Schärfe wandte sich Mahler gegen den durch die Notverordnung vom Dezember des vergangenen Jahres erfolgten staatlichen Eingriff in die tariflichen Verhältnisse. Er betonte, der gewerkschaftliche Widerstand hätte trotz der ungünstigen Konjunktur sehr wohl ausgereicht, um das Ausmaß unvermeidlicher Kürzungen erheblich zu mildern. Wenn jetzt die Reaktion trotz des freigewerkschaftlichen Widerstandes das Schlichtungswesen aufhebe,

dann würden eben die Lohnkämpfe von der Arbeiterschaft allein ausgefochten werden.

Bedauerlicherweise würden die kommenden Kämpfe durch die Haltung der RSD. und der Nazis von vornherein wesentlich erschwert. Solange der russische Rubel rolle und die Schwerindustriellen Hüter-Gelder flößen, werde die gewerkschaftsfeindliche Zellenbildung in den Betrieben nicht aufhören. Die beste Abwehr der gegen die Arbeiterklasse gerichteten Angriffe liege neben der eigentlichen gewerkschaftlichen Arbeit auf politischem Gebiete darin, daß der Verband und seine Mitglieder wie bisher die Sozialdemokratische Partei unterstützen.

Den Rassenbericht erstattete der Hauptkassierer Bod. Für den Verbandsauschuß gab Röll-München eine Schilderung

von den höchst verwerflichen Quertreibereien der RSD.-Leute in den Ortsvereinen. Man könne zwischen den Arbeiterverbänden in der RSD. und denen in den Nazisellen kaum mehr einen Unterschied machen. Dem Zentralvorstand sei vorgeworfen, daß er gegenüber den Umtrieben nicht von Anfang an scharf genug durchgegriffen habe. Als Vertreter der Redaktion der „Lederarbeiter-Zeitung“ betonte Loß-Berlin, solange die Kommunistische Partei durch ihre Abhängigkeit von Moskau gezwungen werde, die dort ausgegebenen Parolen zu befolgen, könnten die deutschen Gewerkschaften nicht mit der RSD. zusammenarbeiten. Nur die Sozialdemokratische Partei sei die Partei der arbeitenden Massen.

In der Aussprache wurden die Umtriebe der RSD. durch zahlreiche Redner scharf verurteilt.

In seinem Schlußwort führte Mahler aus, daß die Einführung der 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich vielleicht eine heillose Aktordiskussion mit sich bringe. Die Kürzung der Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden ohne Lohnausgleich bedeute eine erhebliche und sehr fühlbare Lohnkürzung um 17½ Proz. Die Entlastung der Verbandsinstanzen wurde mit allen gegen drei Stimmen erteilt.

Internationale Aktion.

Beschlüsse der Lithographen und Steindrucker.

Vor kurzem hielt der Internationale Bund der Lithographen und Steindrucker unter dem Vorsitz von Hatz-Deutschland in Stockholm seinen ordentlichen Kongreß ab. Unter genauer Abgrenzung und Umschreibung der einzelnen Kategorien und Berufe ist ein einwandfreier Vergleich der Löhne in den angeschlossenen Ländern vorgenommen worden. Die Lithographen-Internationale wurde damit in die Lage versetzt, nach einem gründlichen und umfassenden Bericht des Referenten hat einem Mindestprogramm zuzustimmen, das auch die auf dem Kongreß vorgenommene Errichtung eines internationalen Widerstandsfonds (50 Mark pro Jahr und Mitglieds) und damit die baldige Beschaffung und Verwendung finanzieller Mittel zur Durchführung dieser Forderungen in den einzelnen Ländern voll rechtfertigt. Da nun für alle angeschlossenen Länder in bezug auf die Reallohn zahlenmäßig genaue Angaben vorliegen, steht genau fest, wo und wie die Aktion zum internationalen Ausgleich und zur internationalen Verbesserung der Arbeitsbedingungen einzusetzen hat.

In der Frage der Arbeitszeit nahm der Kongreß eine Resolution an, in der die Feinerzeit vom Internationalen Gewerkschaftsbund gefassten Beschlüsse hinsichtlich einer allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit bestätigt und unterstrichen werden.

Der internationale Sekretär Koolos wurde einstimmig wiedergewählt. Im Exekutivkomitee trat an die Stelle des österreichischen Mitgliedes der schwedische Kollege Bindblom als Vertreter der skandinavischen Länder, so daß nun in der Exekutive Deutschland, England, Holland, Belgien und Schweden vertreten sind.

Erschreckende Krisenwirkungen.

Zwischen 78 und 88,4 Prozent arbeitslose Maler.

Das soeben veröffentlichte Jahrbuch 1931 des Verbandes bietet ein höchst erschreckendes Bild von der Arbeitsmarktlage im Malergewerbe. Mit fast 78 Prozent erwerbsloser Mitglieder begann für den Verband der Maler das Jahr 1931, mit 88,4 Prozent schloß es ab! Selbst im Monat Mai, der die günstigsten Beschäftigungszahlen aufweist, waren noch 55,4 Prozent, also weit mehr als die Hälfte der freigewerkschaftlich organisierten Maler arbeitslos.

Wie nachteilig sich diese beispiellos hohe Arbeitslosigkeit infolge des Ausfalles von Beiträgen auf die Finanzen der Organisation ausgewirkt hat, zeigt folgender Vergleich: Ohne den Invalidenbeitrag gingen für die Hauptkasse des Malerverbandes im Jahre 1928 an Mitgliederbeiträgen insgesamt 1,97 Millionen